

Volksrecht

für Schlessen

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Ausblick“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Zeilstraße 11, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Ansto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Dankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Zeilimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen Ein 508-Zeichen, das deutlich zu erkennen, ebenso die Unterschrift Nordpol-Expedition. Die Reichweite dauernd vergrößert, mit keinem Reize-Apparat mit der Welt in Verbindung zu treten und daß die japanische Station einen der Zunftprüdhe der verstorbenen „Italia“ aufgefangen hat.

Rußland auf dem Rückzuge.

Staatspräsident Kalinin gegen die Märchen der GPU.

In der Aufmachung und dem Verlauf des Moskauer Donag-Prozesses waren bisher zwei Tendenzen deutlich feststellbar. Zunächst war die russische kommunistische Partei bemüht, diesen Prozeß als Beweis dafür hinzustellen, daß eine internationale kapitalistische Verschwörung gegen die Sowjetunion bestehe. Von diesem Gesichtspunkt aus wurden beispielsweise nicht nur die drei vor Gericht stehenden Reichsdeutschen persönlich gewisser staatsfeindlicher Handlungen beschuldigt, sondern es wurde generell behauptet, daß die hinter ihnen stehenden deutschen Firmen die Träger und Vermittler dieser gegen den Sowjetstaat gerichteten Maßnahmen seien. Eine ganze Reihe dieser Firmen wurde mit Namen genannt, und von der Stabteilung der UGB wurde geradezu behauptet, der Mittelpunkt dieser verbrecherischen Agitation gewesen zu sein. Es sollte auf diese Weise wieder einmal bewiesen werden, daß die angebliche Einkreisung der Sowjetunion Fortschritte macht und auch deutsche Stellen hieran beteiligt sind. Aus dieser allgemeinen Tendenz folgte, daß in dem Prozeß selbst unbedingt die Theorie, wie sie von uns wiederholt dargelegt worden ist, bewiesen werden mußte. Da aber nun das eigentliche Beweismaterial hierfür nicht ausreichte, wurde aus dem Prozeß ein politischer Tendenzprozeß gemacht.

Es war nicht nur Klassenjustiz, was wir bisher erleben mußten, es war darüber hinaus eine offensichtliche Beeinträchtigung der Objektivität des Rechtes überhaupt.

Die Beschränkung der Verteidigung, die Einschränkung der Richter, die Haltung des Staatsanwalts, die Anordnungen hoher und höchster Stellen der Sowjetunion zeigen, daß man ein vorklassisches politisches Ziel durch diesen Prozeß erreichen wollte.

Mit Recht hat sich die deutsche Öffentlichkeit gegen diese Tendenzen energisch gewehrt. Auch wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht nur die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch eine derartige politische Aufmachung des Prozesses gefährdet würden, sondern auch der wirtschaftliche Aufbau Sowjet-Rußlands dadurch empfindlich geschädigt werden könnte. Da bei einer solchen tendenziösen Skizze der in Rußland arbeitenden ausländischen Firmen natürlich die Neigung derartige Aufbauarbeit in Rußland zu übernehmen, überall erheblich zurückgehen müsse. Lange Zeit hindurch sind alle Warnungen in Moskau anscheinend ohne Einfluß geblieben. Die Demagogie der kommunistischen Partei war hier stärker als alle Erwägungen einer gesunden Staatspolitik. Erst in den letzten Tagen waren einige bemerkenswerte, einsetzende Stimmen aus Moskau zu hören. Vorläufig zwar noch nicht in dem eigentlichen kommunistischen Parteiblatt, der „Pravda“, aber doch schon in dem Regierungsblatt „Iswestija“. Hierzu ist jetzt eine sehr bemerkenswerte Kundgebung Kalinins getreten, der etwa die Stellung des Staatspräsidenten in der Sowjetunion bekleidet.

Kalinin ist auf dem Landwirtschaftlichen Kongreß in Moskau über die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland befragt worden und hat hierauf eine Antwort gegeben, in der sich ziemlich eingehend mit dem Schwabitz-Prozeß befaßt und dabei eine Stellung eingenommen hat die von der bisherigen Haltung der russischen Öffentlichkeit völlig abrickt. Kalinin hat zunächst ausdrücklich betont, daß er die verhafteten Ingenieure persönlich zur Verantwortung gezogen würde, daß aber kein Vorwurf gegen die deutschen Firmen vorläge. Er hat beispielsweise wörtlich gesagt:

„Nach meiner Meinung bestehen durchaus keine Gründe dafür, deutsche Firmen der Beteiligung an den verhafteten Ingenieuren zur Last gelegten Handlungen zu verdächtigen.“

Er hat außerdem sehr stark hervorgehoben, daß nur nach Recht und Gerechtigkeit verfahren werde und dabei folgende Bemerkung ausgesprochen: Je weiter sich die Gerichtsverhandlung entwickelt, desto mehr wird die deutsche Presse die Möglichkeit haben, sich davon zu überzeugen, daß das Sowjetrecht keine politischen Ziele verfolgt und nur bestrebt ist, die tatsächliche Beteiligung der Angeklagten an den ihnen zur Last gelegten Handlungen festzustellen.“

Aus dem bisherigen Verlauf des Prozesses konnte man diese Überzeugung beim besten Willen nicht gewinnen. Jetzt beginnt die für uns besonders interessante Phase des Prozesses, in der die deutschen Angeklagten vernommen werden, und es wird sich bald zeigen, welche Bedeutung das Gericht beispielsweise dem Belastungszeugen Baschin beimißt, den die Verteidigung auf einen Geisteszustand zu unterwerfen beantragt hat und ob man vielleicht doch noch auf maßgebende Entlastungszeugen gegenüber diesem fragwürdigen Kronzeugen vor Gericht treten wird. Man wird auch mit Spannung darauf warten, ob namentlich der von der russischen Presse und die Anordnungen der führenden Staatsmänner in Moskau endlich davon absehen werden, die gegen einige russische und deutsche Ingenieure erlassenen Beschuldigungen zu allgemeinen Anlagen gegen die deutsche Wirtschaft und womöglich auch gegen die Politik des Deutschen Reiches zu verallgemeinern.

Bei der Stellung Kalinins sollte man annehmen, daß seine Äußerung eine Schwenkung der russischen Politik in diesem Punkte bedeutet, daß sie ein Zeichen dafür ist, daß man endlich in Moskau beginnt, das Verdachte des bisherigen Vorgehens zu erkennen. Allerdings hat Kalinin bisher schon wiederholt Äußerungen getan, die von seinem gesunden Bauernverstand entpanden, die aber in den kommunistischen Parteigewaltigen das größte Entsetzen ausgelöst haben. Man kann daher auch diesmal nicht mit Sicherheit wissen, ob er von den kommunistischen Partei zu einer derartigen program-

atischen Stellungnahme autorisiert worden ist. Im Interesse der deutsch-russischen Beziehungen wäre es nur zu wünschen, daß den Äußerungen Kalinins die Bedeutung beizumessen ist, die ihnen seiner hohen offiziellen Stellung nach in Rußland zukommen sollten.

Die Bemühungen um Rettung der „Italia“.

Die „Braganza“ hat Kingsbay mit dreizehn Italienern an Bord verlassen, um Kobile zu suchen. Sie hat Sonntag vormittag die Magdalenenbay erreicht und wird bei günstigen Eisverhältnissen ungefähr acht Tage fortbleiben.

Die „Hobbs“ ist Sonntag früh in der Adventbay eingetroffen. Schwere Stürme und Treibeis hatten ihre Fahrt sehr

behindert. Nachdem das Schiff angelegt hatte, wurden mehrere Hundeschlitten und zwei Pelzjäger an Bord genommen. Sonntag früh nach 5 Uhr ging es weiter nach Kingsbay zu. Sobald die „Hobbs“ in Kingsbay eintrifft, wird Leutnant Pühow-Holm einen zweistündigen Erkundungsflug unternehmen, worauf die „Hobbs“ die Fahrt nach Osten fortsetzen wird.

Von der drahtlosen Station Sapporo in Japan wurde ein Funkpruch aufgefangen, der sehr schwer entzifferbar ist. Ein SOS-Zeichen war aber deutlich zu erkennen, ebenso die Unterschrift Nordpol-Expedition. Die Reichweite dauernd vergrößert, mit keinem Reize-Apparat mit der Welt in Verbindung zu treten und daß die japanische Station einen der Zunftprüdhe der verstorbenen „Italia“ aufgefangen hat.

Herabsetzung der Industriebelastung.

Die Reichsregierung hat eine neue Durchführungsverordnung zum Ausbringungs-gesetz erlassen, durch die die zweite Teilzahlung der industriellen Reparationsleistungen um 20 Prozent herabgesetzt wird. Gleichzeitig ist der Zahlungstermin vom 15. Juni auf den 15. Juli verschoben worden. Die Maßnahme wird damit begründet, daß sich das Betriebsvermögen der ausbringungspflichtigen Unternehmer größer herausstellte, als man vorher angenommen hatte.

Das Sterben der freien Wirtschaft.

Die Betriebswirtschaftslehre bestätigt Karl Marx' Analyse des Kapitals.

Kr. Seit der Stabilisierung der deutschen Währung kämpft das deutsche Unternehmertum, vor allem das deutsche Großkapital in den Schlüsselindustrien, aber auch die Unternehmer der Fertigwarenindustrie, mit aller Kraft dagegen an, daß der Staat Eingriffe in die Wirtschaft erhält. Immer wieder wird versucht, dem Staat nicht nur kleinere oder größere Teile seiner eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen wieder zu entreißen, sondern er wird auch versucht, auf dem Wege der Rückübertragung der Gesetzgebung die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Wirtschaft auf dem Wege der Verwallung, die Regelung des wirtschaftlichen Lebens durch staatliche Maßnahmen zu vermindern. Dabei spielte das Schlagwort von der freien Wirtschaft, die aller staatlich geregelten oder vom Staat selbst betriebenen gebundenen Wirtschaft weitaus überlegen sei, eine große Rolle. Vor allen Dingen versuchte man auf dem Gebiete der Preispolitik, aber auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik, insbesondere der Lohnpolitik und des Arbeiterschutzes, die staatliche Kontrolle und die staatlichen Eingriffe zu verringern, bzw. vollkommen zu beseitigen.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen diese Bestrebungen immer wieder gewehrt und hat in der sachlich gründlichsten Weise an dieser Auffassung des Unternehmertums Kritik geübt. Nunmehr ist der Arbeiterklasse plötzlich in diesem Abwehrkampf ein mächtiger Bundesgenosse erwachsen, den man nicht erwartet hat. Der bekannte Betriebswirtschaftler Prof. Dr. Schmalenbach, der erst jüngst durch sein Gutachten über die Rentabilität des deutschen Steinhilberbergbaus wieder bekannt geworden ist und der einer der ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Betriebswirtschaftslehre in Deutschland ist, hat einen Vortrag gehalten, der geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Denn in dieser Rede widerlegt er die oben kurz ange deuteten Auffassungen der Unternehmer grundlegend und stellt fest, daß die Schilderung der Entwicklung des Kapitalismus durch Karl Marx völlig richtig sei, daß der Kapitalismus sich tatsächlich so entwickelt habe, wie Karl Marx vorausgesagt habe. Wenn er das auch nicht ausdrücklich sagt, so eignet er sich doch fastlich sogar große Teile der marxistischen Wirtschaftslehre selbst an. Das ist um so überraschender und bedeutungsvoller, als er als Vertreter der Betriebswirtschaftslehre als leuchtendes Beispiel seiner Wissenschaft die Rentabilität und die Blüte des einzelnen Unternehmens im Auge hat, nicht wie der Volkswirtschaftler die Blüte der Gesamtwirtschaft eines Staates oder einer Gesellschaft.

Professor Schmalenbach zeigt zunächst, daß wir heute zwar noch in einer Periode des Hochkapitalismus leben, daß dieser gegenwärtige Hochkapitalismus aber von der früheren sogenannten freien Wirtschaft, d. h. von der früheren Form des Kapitalismus, dessen Hauptprinzip die freie Konkurrenz war, sich bereits weit entfernt hat, und zwar nicht etwa nur dadurch, daß von staatswegen in immer wachsendem Maße die Wirtschaft auf den verschiedensten Gebieten gelegentlich geregelt wird, sondern vor allen Dingen dadurch, daß der Kapitalismus in sich selbst eine neue Form angenommen hat. Die kapitalistische Wirtschaft bestünde heute nicht mehr aus miteinander konkurrierenden Einzelunternehmungen, sondern diese Unternehmungen haben sich zusammengeschlossen zu Kartellen und Trusts und anderen wirtschaftlichen Verbänden. Das kennzeichnende für den gegenwärtigen Hochkapitalismus sei das kapitalistische Monopol, sei es Staatsmonopol auf dem Gebiete des Verkehrs, seien es die zahlreichen kapitalistischen Privatmonopole auf allen Gebieten der Industrie. Wir ständen deshalb am Ende einer alten und am Beginn einer neuen Wirtschaftsperiode. Die sogenannte freie Wirtschaft sei endgültig vorbei, und es sei vollkommen utopisch, zu versuchen, sie wieder herbeizuführen. Ganz lausend diese Bestrebungen der Unternehmerschaft, sich von der Verantwortung und der Kontrolle des Staates frei zu machen, nicht auf eine Wiederherstellung der freien Konkurrenz hinaus, da diese ja von den Unternehmern selbst unter sich aufgehoben werde, sondern auf die Beseitigung der staatlichen Kontrolle über die kapitalistische Monopole.

Professor Schmalenbach läßt dann an der freien Wirtschaft des 19. Jahrhunderts, die sich durch ihre naturhafte Rückwärtslosigkeit“ ausgezeichnet habe, scharfe Kritik. Dann kommt er zu Sprossen auf die inneren Gründe, die uns zwingen, auf dem Wege, den die Entwicklung einmal beschritten hat, weiter zu geben.

Dabei macht er die interessante Feststellung, daß von einem bewußten Willen der Unternehmer nicht die Rede sein könne: „Diejenigen, die die Wirtschaft führen, haben sich nicht das Ziel gesetzt, die alte Wirtschaft zu verlassen und sich an einer neuen zu versuchen. Keiner unserer Wirtschaftsführer geht mit freiem Willen in die neue Wirtschaftsform hinein. Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hinein treiben.“ Das könnte Karl Marx genau so geschrieben haben. Denn ist das nicht eine Anwendung des Satzes von Marx, daß nicht das Bewußtsein das Sein, sondern daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt? Ist das nicht strenger historischer Materialismus?

Schmalenbach ist sich denn auch durchaus darüber klar, daß er mit seiner Betrachtung auf marxistischem Boden gelandet ist. Er selbst bezeichnet die modernen Wirtschaftsführer als die tatsächlichen Volkstreuer von Marx. Er sagt: „Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen.“

Schmalenbach bleibt jedoch nicht bei dieser allgemeinen Feststellung stehen, sondern in der Analyse der neuen Wirtschaftsentwicklung, die nun folgt, zeigt er sich wiederum als ein treuer Marxist. Er führt diese neue Entwicklung nämlich auf eine einzige an sich zunächst unbedeutende Erscheinung zurück, die aber weite Konsequenzen gehabt habe und noch weiter haben werde. Es sei ein Verdienst der Betriebswirtschaftslehre, diese Erscheinung gefunden und in ihren Konsequenzen richtig gedeutet zu haben. (Dies Verdienst gebührt wohl Marx, der sie bereits vor 60 Jahren fand.) Diese Erscheinung, die das ganze Wirtschaftsleben grundlegend verändert habe, sei die Verschiebung der Produktionskosten innerhalb des Betriebes. Der Anteil der „proportionalen Kosten“ im Produktionsprozeß werde beständig kleiner. Der Anteil der „fixen Kosten“ werde immer größer. Schließlich sei der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend geworden. Die freie Wirtschaft sei nur möglich gewesen, solange die Produktionskosten im wesentlichen proportionalen Kosten gewesen seien. Sie sei unmöglich, seitdem der Anteil der fixen Kosten überwiegt und dauernd steigt.

Wenn wir uns nun fragen, was unter den proportionalen Kosten und den fixen Kosten zu verstehen ist, so ergibt sich, daß damit genau dasselbe gemeint ist, was Marx in seiner Wirtschaftstheorie als das konstante und als das variable Kapital bezeichnet hat. Die fixen Kosten sind nämlich diejenigen Kosten, die für Gebäude, Maschinen, Apparatur usw. aufgewendet wurden, die proportionalen Kosten hauptsächlich diejenigen, die für die Arbeitskraft, also für Löhne, aufgewendet werden. Die technische Entwicklung bringt es mit sich, daß der Betrieb immer mehr Maschinenbetrieb und der Anteil der menschlichen Arbeitskraft an der Produktion immer stärker verringert wird. Gerade der gegenwärtig im Gang befindliche sogenannte Rationalisierungsprozeß bedeutet nichts anderes als eine neue große Verminderung der proportionalen Kosten, also des variablen Kapitals, das in der Produktion steckt, und eine große Vermehrung der fixen Kosten, d. h. des konstanten Kapitals, das für Maschinen, Gebäude und Apparatur aufgewendet wird. Daher rührt ja auch die starke Freisetzung von Arbeiter, die durch die Rationalisierung herbeigeführt wird. (Hierdurch wird übrigens von Schmalenbach auch bewiesen, daß die Lohnkosten ständig sinken, und daß durch Lohnherabsetzungen die Unternehmungen gewinnreicher werden.)

Nun lehrt bekanntlich Marx, daß der Wert einer Ware erzeugt wird von der menschlichen Arbeit und daß deshalb der Wert des Produktes fällt, wenn der Anteil des variablen Kapitals sinkt, der des konstanten Kapitals steigt. Das ist auch der Grund weshalb nach Marx' Auffassung die Produktion und die Produktion billiger werden, wenn die Produktion technisch höherwertiger wird. Von der Schaffung der Werte hängt aber auch die Produktion des Mehrwertes, also des Profits ab, deshalb ist die relative Größe des Profits abhängig von dem Anteil des variablen Kapitals am Gesamtkapital. Sinkt dieser Anteil, so sinkt auch die Profitrate. Darauf gründet sich die bekannte Marx'sche Feststellung, daß mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus die Profitrate sinkt.

Was aber hören wir bei Schmalenbach? Er führt weiter aus: Dadr. d., daß die fixen Kosten immer mehr steigen und die proportionalen Kosten immer mehr sinken, infolge der Rentabilität der einzelnen Unternehmungen. Er kommt also im Grunde zu genau demselben Ergebnis, zu dem Marx gelangt, und führt als letzte Ursache dieser Erscheinung auch die gleiche Veränderung in der Zusammensetzung des Kapitals bzw. seiner Anwendung an, die Marx dafür als Grund anführt, wenn auch Schmalenbach andere Vorstellungen hat über die Art und Weise, wie das vor sich geht; s. B. führt er die geschilberte Wirkung der Zunahme der fixen Kosten auf den Umstand zurück, daß dadurch die Produktionskapazität der Unternehmungen stärker steigt als ihre Ausnutzungsmöglichkeit und Abfahrtsfähigkeit. So komme es, daß es heute in jedem Betrieb Anlagen gäbe, die nicht zureichend ausgenutzt würden. Auch bei voller Beschäftigung des Betriebes würde daher mit sogenannten "depressiven" Kosten gearbeitet. Die Folge davon sei, daß die Betriebsleiter, um diese depressiven Kosten zu beseitigen, gezwungen sind, die übrigen Anlagen so zu erweitern, bis die nicht genutzte beschäftigten Anlage voll ausgenutzt werden. Infolgedessen dehnten manche Industriezweige dauernd ihre Produktionskapazität aus, ohne daß eine steigende Nachfrage nach der Produktion diese Vermehrung rechtfertige. Die Klage darüber, daß der Betrieb heute nicht mehr voll ausgenutzt werde, sei in allen Generalverhandlungen der großen Unternehmungen eine immer wiederkehrende Erscheinung. Sei ein Geschäftszweig so weit gelangt, dann sei aber nur noch ein Schritt zur Kartellierung vor zur Durchführung.

Was heißt das? Das bedeutet, daß unter diesen Umständen bei freier Preisbildung die Preise der Produkte so sinken, daß die Rentabilität der Unternehmungen verloren geht. Der einzige Ausweg, der die Unternehmungen aus dieser Schwierigkeit herausführen kann, besteht darin, daß Mittel und Wege gefunden werden, auf andere Weise die Preise hoch zu halten. Das geschieht dadurch, daß die Unternehmungen die Konkurrenz unter sich aufheben, indem sie sich zusammenschließen und auf die Weise sich ein Monopol verschaffen. Dadurch wird die freie Preisbildung auf dem Wege der freien Konkurrenz aufgehoben und ersetzt durch die monopolistische Preisbildung, d. h. das Preisbild der Monopolisten. Die Konsequenz dieser wirtschaftlichen Entwicklung, die zwangsabhängig ist, ist die immer stärkere Umwandlung der freien Wirtschaft in die monopolistische Wirtschaft, die immer weiter ausgedehnte Erziehung der freien Preisbildung durch die Monopolpreisbildung.

Schmalenbach ist gegen die Mängel dieses neuen Wirtschaftssystems durchaus nicht blind. Folgende davon, daß er das "Nebenwirkungsbildungsbildung", den Generaldirektorenkongress, der ebenfalls kritisiert, zeigt er vor allen Dingen klar, wie unwirtschaftlich vielfach in dieser Monopolwirtschaft der Kartelle und Trusts gewirtschaftet wird. Dieser Mann, der sein Leben lang Einzelunternehmungen, Reform von solchen Trusts studiert hat, der viele Gutachten zur Reform von solchen Unternehmungen und Syndikaten usw. erstattet hat, der in der Wirtschaft selbst als einer der ersten Sachverständigen für die Privatwirtschaft gilt, schreibt darüber folgende Sätze: "Veralteten und völlig unwirtschaftlichen Verwaltungseinrichtungen, unangenehme eingelebten Handelsgesellschaften, allen diesen Dingen begegnet man in der neuen Wirtschaft auf Schritt und Tritt. Übertriebene Bürokratismus, übermäßige Schwerfälligkeit, übermäßige Kompliziertheit der Verwaltung und über große Gehälter und Lantimen leistender Personen findet man bei diesen monopolistischen Organisationen allenthalben." Daß die Zusammenhänge so sind, wie er sie schildert, beweist auch die Tatsache, daß die ersten großen Kartelle und Trusts monopolistischen Organisationen in der Wirtschaftszweigen entstanden sind, wo große fixe Kosten vorhanden waren, im Bergbau, im Bergbau, bei den Güternwerken usw. viel weniger und später erst in der Fertigungsindustrie, da in ihr auch die Zunahme der fixen Kosten langsamer vor sich gegangen sei. Aber auch auf diese Industrien greife das Ueberhandnehmen der Trusts und Kartelle immer mehr über und infolgedessen sei auch seit einigen Jahren ein immer stärkeres Ueberhandnehmen der Kartelle und Trusts auf diese Industriezweige zu beobachten.

Dieser neue monopolistische Hochkapitalismus weise nun aber schwere Schäden auf. In ihnen fehle der Geist des verantwortlichen Unternehmens, ja die Verfassung der großen Monopolgebilde setze nicht einmal den Grundlagen einer halbwegs vernünftigen Oekonomie. Ein Blick in ein Duzend Kartellverträge zeige das sofort. Nicht einmal die Verteilungsgesetze der einzelnen Unternehmungen würden nach wirtschaftlichen Grundlagen festgestellt, sondern so, daß möglichst alle Betriebe gleichmäßig beschäftigt sind, ganz gleich, ob die Betriebe produktionsmäßig gut oder schlecht arbeiten. Auch würde mit völlig unwirtschaftlicher Zügellosigkeit an den einmal festgesetzten Verteilungsgesetzen festgehalten. Die Folge aller dieser Tatsachen sei, daß in diesen Kartellen zum Teil ohne jede wirtschaftliche Rationalität gewirtschaftet werde. Weder werde die Aufnahmefähigkeit des Marktes geprüft, noch die Frage, ob mit ihr die Vermehrung der Anlagen oder die Erhöhung ihrer Kapazität im Einklang stehe. Selbst bei schlechter Konjunktur bauen Unternehmungen ihre Werke noch aus. Die Folge davon ist, daß die Syndikate gezwungen seien, dauernd

neue Absatzmärkte zu gewinnen und daß zu diesem Zwecke eine Verkleinerungspolitik stattfindet, die geradezu unerhört sei. Schmalenbach führt als Beispiel die Verschleuderung an Kohle an, die die Hauptkohleproduktionsländer gegenwärtig in ungeheurer Maßstab betreiben. Man habe fast den Eindruck, als ob die Kohle den Besitzern lästig sei und man sie auf jeden Fall los zu werden versuche. Sie würde weit unter den Selbstkosten abgegeben. Diese Feststellung im Munde des Mannes, der schon seit das Kohlengeschäft abgegeben hat und Einblick in die Berechnungen der bedeutendsten Kohlenunternehmungen besitzt, ist außerordentlich schwerwiegend und erhellt die Lage auf dem Kohlenmarkt und im Kohlenbergbau blühartig. Unter solchen Umständen muß freilich die Rentabilität des Kohlenbergbaus sehr gedrückt sein. Die Lohnfrage hat damit aber ganz gewiß nichts zu tun. Nicht die gezeigten Löhne sind es, die den Kohlenbergbau so wenig rentabel machen, sondern die übermäßige Steigerung der Produktion des Kohlenbergbaus und die Verarmung der Kohle auf der ganzen Erde. Uebrigens stellt Schmalenbach ausdrücklich fest, daß eine Rückkehr zu den früheren Verhältnissen völlig ausgeschlossen ist. Der Kampf für die Wiederherstellung der freien Wirtschaft sei daher völlig hoffnungslos. Es handele sich um eine zwangsläufige Entwicklung.

Das eigentliche ist nun, daß trotz dieser Schäden bei der gegebenen technischen Entwicklung der Produktion die monopolistische Wirtschaft der alten freien Wirtschaft überlegen ist. Denn die freie Wirtschaft ist bei dem Anwachsen der fixen Kosten einfach nicht mehr lebensfähig. Sie kann mit ihrer Produktion sich nicht mehr der Konsumtion anpassen und hat außerdem keinen finanziellen Ausgleich für den Ausfall, der durch den Leerlauf des Produktionsapparates entsteht, wenn die Produktionskapazität die tatsächliche abfahrtsfähige Produktion so sehr übersteigt. Die Eigentümlichkeit der proportionalen Kosten, also der Lohnkosten, ist es, daß sie steigen wenn die Produktion steigt, und fallen, wenn sie fällt. Die fixen Kosten dagegen fallen nicht, wenn die Produktion zurückgeht, da die Maschinen auch dann verzinnt und abgeschrieben werden muß. Infolgedessen ist die moderne Wirtschaft mit ihren hohen fixen Kosten unfähig, selbsttätig Produktion und Konsumtion in Einklang zu bringen und das wirtschaftliche Gleichgewicht herzustellen.

So sind denn auch alle Versuche der Rückkehr zur freien Wirtschaft tatsächlich gescheitert. Die Antitrustgesetzgebung der Vereinigten Staaten z. B. hat vollkommen versagt. Es müssen des-

halb andere Maßnahmen ergriffen werden, um die großen Mängel der gebundenen Wirtschaft zu mindern und in ihr wieder Gesetze der Oekonomie zur Geltung zu bringen. Das ist die Schmalenbachs Ansicht nicht einfach dadurch möglich, daß die staatliche Einwirkung die Oekonomie der gebundenen Wirtschaft zwangsweise herbeigeführt wird. Schmalenbach beruft sich auf diese Beziehung auf seine Erfahrungen bei Abfassung des zweiten Gutachtens über den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Freilich kann die neue Wirtschaftssysteme für die staatliche Kontrolle und Eingriffe gewiß nicht entfallen. Im Gegenteil. Schmalenbach kommt zu dem Schlussergebnis, daß eine bloße Kontrolle nicht genügt, sondern es ist überzeugend, daß eine gründliche Veränderung der Eigentumsverhältnisse eintreten muß und schreibt deshalb im Schlußabschnitt aus unserm sozialistischen Programm entnommen sein können: "Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu fernem Zeit zu einem Zustand kommen müssen, den auch die Zünfte befehlen: die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen und auf der anderen Seite überwacht der Staat Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten. Ich glaube nicht, daß die gegen jegliche staatliche Überwachung eingestellten Ansprüche der Kartelle diese der Natur der Dinge entsprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer abweisen können."

Ein solcher Zustand wäre natürlich noch nicht die Erringung der sozialistischen Wirtschaft. Sie wäre aber doch ein großer Fortschritt auf dem Wege zur sozialistischen Wirtschaft. Es wäre eine wesentliche Etappe zum Sozialismus. Und so ist es interessant, daß der Hauptgutachter der kapitalistischen Unternehmungen durch das eingelebte Stadium der gegenwärtigen Wirtschaft und der inneren Verfassung des kapitalistischen Hochkapitalismus zu dem Ergebnis gekommen ist, daß eine neue Wirtschaftssysteme übergehen müssen, die als eine wesentliche Etappe zum Sozialismus betrachtet werden kann, daß wir nur eine Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat, sondern direkt der Herrschaft des Staates über die Wirtschaft und die Gesamtregelung der Wirtschaft durch den Staat brauchen. Das ist noch bedeutungsvoller und wichtiger als die scharfe Kritik, die er an dem sich fasslichweise als freie Wirtschaft bezeichnenden Kartell- und Trust-Kapitalismus übt, und es ist eine grundlegende Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie und eine Bestätigung der großen Voraussetzungen über die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und der großen Unzulänglichkeiten dieser Wirtschaft durch unseren geistigen Führer Karl Marx.

Der Sieg des Südens.

Tchangtscholin hat Peking geräumt. — Ebenso die alte Regierung.

London, 4. Juni. (Eigener Juntribeicht.)

Marshall Tchangtscholin hat in der Nacht vom Samstag zum Sonntag Peking verlassen und auf seinem Wege nach der Mandchurien-Tienhsin passiert. In einem vor seiner Abreise erlassenen Manifest spricht er die Hoffnung aus, daß China im Gefolge seiner Führung der Staatsgeschäfte nicht der Zerstörung anheimfallen und daß der Volkswissenschaft, den er unterdrückt habe, nicht wieder sein Haupt erheben werde. Der abdankende Marshall erklärt, daß er sich unschuldig an dem Verlauf der Ereignisse fühle und daß sein Gewissen vor der Welt und vor zukünftigen Generationen rein darstehe. (Natürlich! Wer laßt da?)

Am Sonntag nachmittag hatte der größte Teil der Truppen Tchangtscholin Peking verlassen. Jegendwelche Zwischenfälle haben sich bei der Zurücknahme der Truppen nicht ereignet. Peking ist ruhig und die Straßen werden von Polizei und Gendarmen patrouilliert.

In Peking selbst wurde eine provisorische Regierung gebildet, die bis zur Ankunft der nationalistischen Truppen die Regierungsgeschäfte führen wird. Wie aus den letzten Telegrammen aus Peking hervorgeht, besteht die Hoffnung, daß der Rückzug der Nordtruppen und die Festsitzung der Hauptstadt durch die nationalistischen Truppen sich ohne Blutvergießen vollziehen wird. Nach einem bisher nicht bestätigten Bericht sind zwei weitere Generale der Nordtruppen, General Yang Yu Ting und General Tchang Hsu Liang zu den Südruppen übergegangen, wodurch die Armee der Nationalisten eine weitere bedeutungsvolle Verstärkung erfährt.

Die japanischen Minister verlassen Peking.

Peking, 2. Juni. Ministerpräsident Panju ist in Begleitung seines Sekretärs und seiner Familie nach Japan geflüchtet. Die übrigen Kabinettsmitglieder haben Peking ebenfalls verlassen.

Attentat auf Tchangtscholin.

London, 4. Juni. Aus Tokio in Tokio eingegangene Meldungen belegen, daß eine Bombe in die Luft ge-

sprengt wurde in dem Augenblick, als der Sonderzug Tchangtscholin vorbeifuhr. Vier Wagen des Sonderzuges wurden zerstört. Die Zahl der Toten soll sehr groß sein. Tchangtscholin selbst kam mit leichten Verletzungen davon.

Neue Fraktion im preussischen Landtag.

Berlin, 2. Juni. Nach einer Mitteilung des Grafen Pobjadowsky an das Büro des preussischen Landtages haben sich die Mitglieder der Christlich-nationalen Bauernpartei (8), die Weissen (4), die Abgeordneten der Bauernpartei (2) und die Weissen (2), zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Neue Bestechungsaffäre in der Sowjetunion.

Kowno, 2. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß die G. P. U. in Kowno am Don 12 verantwortliche Mitarbeiter von Finanzinstituten verhaftet worden. Ferner sind drei Vermittler und 20 Privatpersonen verhaftet worden. Die Revision der Bestechungsgelder erzielte und davon lebten. Die Bestechungsgelder reichen bis in die Jahre 1924/25 zurück.

Eljak gegen Poincaré.

Paris, 4. Juni. (Eigener Juntribeicht.) Die Katholische Volkspartei im Eljak hielt am Sonntag in Straßburg eine Vorstandssitzung ab und beschloß den Antrag auf Freilassung der Autonomen Riklin in Kassel aufrechtzuerhalten. Der Abgeordnete Walter erhielt den Auftrag, ihn vor dem Parlament zu vertreten trotz der Kündigung Poincarés, daß er dagegen die Vertrauensfrage stellen wolle. Ursprünglich sollte der Abgeordnete Oberkirch, der nunmehr als Unterstaatssekretär in das Kabinett Poincaré eingetreten ist, vor dieser Vertretung erscheinen, um mit ihr über die Annahme dieses Unterstaatssekretärs-Postens zu beraten.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

(Nachdruck verboten.)

Diese fünfundsiebenzigtausend Dollars wurden für Bertie weit wichtiger als die Millionen, die Berne hatte verschwinden lassen; diese Papiere waren etwas Greifbares, — und da entriegelt Bunnys sie ihr, indem sie den geringen Geiern. Und gerade jetzt, da sie beide Bargeld brauchen und bei einem der Bank's des Vaters Geld auf das Vermögen leihen mußten.

Bertie schimpfte und tobte. Bunnys wollte der Sache ein Ende machen und trug die Güter auf die Bank. Bertie verzog es ihm nie; so oft sie miteinander allein waren, erwähnte sie seine Dummheit. Sie machte sich vor Haß und Verrag ganz krank, daß sie hätte Macht über Berechnungen wach und konnte nachher nicht schlafen. Gleich allen Damen der Gesellschaft legte sie großen Wert auf ihren Teint, jetzt jedoch dachte sie gar nicht an ihre Keize, wurde blaß und verzerrt. In späteren Jahren würde sie zu Kosmetikern gehen und sich die Gesichtshaut abtöten lassen lassen, — nur weil sie jetzt nicht ihre wütende Enttäuschung beherrschen konnte, die Enttäuschung darüber, mit einer oder zwei lächerlichen Millionen abgebeugt zu werden, da sie doch herrliche zehn oder fünfzehn Millionen erwartet hatte.

Rachel hatte in der Zeitung eine kurze Notiz über Bunnys Rückkehr aus dem Ausland veröffentlicht und seine Worte zitiert, daß er kein Gebiet für die Förderung der Bewegung verwenden werde. Diese Erklärung erregte die Aufmerksamkeit einer klugen, jungen Journalistin, die einen humoristischen Artikel darüber schrieb.

Roter Millionär rettet die Gesellschaft!

Ungeheuer gab es eine große Anzahl Leute, die wagten, wie die Gesellschaft zu retten sei; alle wollten Bunnys kennen lernen und lauzieren ihn in der Hotelhalle auf. Der eine kannte ein unschätzbare Heilmittel gegen den Krebs, der andere hatte das Perpetuum mobile erfunden, ein dritter wollte Drogenrezepte liefern — wegen der Schenkel, ein vierter wollte Drogenrezepte liefern. Tugend wollten den nächsten Krieg verhindern, andere wieder Stürzen gründen. Viele vertreten die Ansicht, es gebe

die verschiedenartigen Methoden, um den Sozialismus zu vertreiben. Große Dichter kamen und Philosophen mit Manuskripten, und ein Mann, dem sich Gott selbst geföhnt hätte: der Verfasser dieser Botschaft war über sechs Fuß lang und von ungemeiner Breite. Er sagte wie ein Turm über Bunnys empor, veränderte plötzlich, mit drohender Stimme, daß die von Gott gesprochenen Worte nieder geschrieben und in einer feuerfesteren Kasse verwahrt seien, kein Menschenauge habe sie gesehen und keines werde sie je sehen. Einige schrieben auch, sie könnten Bunnys nicht aufführen, weil sie ungerechterweise in Kettenhänden zurückgehalten würden, gelänge es Bunnys, sie zu befreien, so wollten sie durch ihn der Welt ihre Botschaft übermitteln.

Es gab aber noch einen "Karten" namens J. Arnold Koh, der nicht mehr "junior". Er arbeitete bereits seit langem an einem Plan und berief nun seine Freunde, um deren Urteil zu hören: den alten Chaim Mengies, der seit langem in der Bewegung tätig war und ihre Gelder mitterteilt hatte, — Chaim arbeitete wieder in der Revolution und verbrachte, wie gewöhnlich, seine ganze freie Zeit in Sitzungen und Versammlungen, — Jakob Mengies, den blauen Studenten, der ein Jahr lang Schullehrer gewesen, dann aber seiner Ansehens wegen entlassen worden und nun Versicherungsagent war, — Harry Seager, der jetzt eine Malakofffarm hatte, nachdem seine Handelsschule dem Bankrott erlegen war, — Peter Kagal, der in der Stadt der offenen Werkstatt gemeinsam mit dem Vater eine Dachdeckerei betrieb, die nur organisierte Arbeiter beschäftigte, und der den Uebertrag der Firma dazu verwendet, allmonatlich auf vier Seiten Gott zu veraposteln, — Gregor Nikolajew, der, nachdem er ein Jahr in einem Holzschlägerlager gearbeitet hatte, jetzt Königinminister war, und Dan Tring, der auf Bunnys Kosten von Washington gekommen war. Sie alle, zusammen mit Rachel und Bunnys, saßen in einem Privatchesszimmer des Hotels beim Diner und besprachen, wie man mit einer Million Dollars die Welt retten könne.

Bunnys erklärte mit gewinnender Bescheidenheit, er habe seinen Plan nicht für den absolut besten, sondern nur für den ihm am besten erscheinenden. Er wolle nicht fliehen, indem er das Geld verpante und anderen Leuten die Arbeit überlasse. Es viel habe er von seinem Vater gelernt: überläßt man das Geld sich selbst, so ist es wertlos; um etwas zu erreichen, bedarf es des Geldes plus der richtigen Verwaltung. Außerdem möchte

ich etwas tun, ich habe es satt, immer nur zuzusehen und zu reden. Ich hatte zuerst an eine große Zeitung gedacht, aber ich verzichte nicht auf Journalismus. Das einzige, worauf ich mich verheße, sind junge Menschen; ich war an der Universität und weiß genau, wie eine Universität sein sollte und nicht ist. Wäre — Kamer. Jakob und die anderen Mitglieder der Sozialistischen Jugend — versuchen, uns der jungen Geister zu befreien. Leider gelingt uns das nur einige Stunden wöchentlich, und alles, was im Leben der Jugend zählt, Schule, Arbeit, Rino, liegt in den Händen der Feinde. Ich möchte daher einige Studenten zu einem gemeinsamen Leben sammeln, versuchen, ein sozialistisches Gebilde aufzubauen. Das Ziel soll sein, der Bewegung zu dienen. Rachel wird mit mir übereinstimmen, — von den anderen weiß ich es nicht, — wenn ich behaupte, daß unsere Bewegung sehr unter einer Sache leidet: wir haben nicht den erforderlichen neuen moralischen Standard. Viele unserer Mitglieder sind schwach; die Frauen wollen seidene Strümpfe tragen und die Bourgeoisfrauen gleichen; sie glauben, es wäre Freiheit, wenn sie die schlechten Manieren der Männer annehmen. Bedenke die Bewegung wirklich alles für die Sozialisten, so würden sie kein Geld für Tabak, Alkohol und billige Eleganz ausgeben."

"Damit bin ich erledigt," sagte der alte Chaim Mengies, der bereits seine zehnjährige Tochter angeheiratet hatte.

Bunnys Plan war eine Arbeiterhochschule auf dem Lande. Doch wollte er keine Million nicht für Stahl und Beton ausgeben, sondern mit Zeltten beginnen. Die Gebäude sollten durch die gemeinsame Arbeit der Lehrer und Schüler errichtet werden. Alle Schüler der Hochschule sollten täglich vier Stunden körperlich und vier Stunden geistig arbeiten, Rhatanzüge tragen und keine elegante Gesellschaft kennen. Bunnys hatte daran gedacht, an den verschiedenen höheren Schulen und Universitäten mit den Studenten zu reden, sie von ihrem Fußball und ihren Verbindungen zu neuen Zielen fortzuladen. Auch die Gewerkschaften sollten für die neue Hochschule Studenten und Studentinnen stellen. Es handle sich hier um etwas, das sich rasch entwickeln könne und wenig Geld fordere. Mit Ausnahme des Baumaterials würde alles an Ort und Stelle produziert werden: es würde da eine Farm geben, eine Wirtschaftsschule, jedes notwendige Handwerk würde gelehrt werden, und die Studenten sollten vier Stunden täglich ehrliche körperliche Arbeit leisten. (Fortsetzung folgt.)

Die deutschnationale Niederlage

Uns wird geschrieben: Von allen bürgerlichen Parteien die Deutschnationalen am 20. Mai die größten Verluste erlitten. Inmerhin wird eine genaue Untersuchung dieser Niederlage dadurch erschwert, daß in mehreren Wahlkreisen, besonders in Süddeutschland, „christlich-national“ Bauernvereine aufgestellt wurden. Ursprünglich erfolgte diese Aufstellung im Einverständnis mit den Führern der Deutschnationalen. Sie war als eine wahlpolitische Schiebung großer Art gedacht, um die kleinen Landwirte unter einem neuen Schilde im „nationalen Lager“ zu behalten und nach Wiedereintritt des Reichstags durch Zusammenschluß mit den Deutschnationalen wieder vor den Karren der Großagrarien zu werfen. Allein die 770 000 Stimmen, die diese neue Gruppe erhalten hat, beweisen, wie sehr die Bauern erkannt haben, daß die Deutschnationalen bisher nicht ihre Interessen, sondern ausschließlich die Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer wahrzunehmen hatten. Vielleicht sind die deutschnationalen Führer heute der Ansicht, daß diese Schiebung zu gut geklärt ist, daß die Bauern zu gut den Interessengegensatz erkannt haben, der zwischen ihnen und den Großagrarien besteht. Schon wegen der Entstehung der „Deutschen Bauernpartei“, die dem bisherigen Bauernbund zu acht statt bisher vier Mandaten verhilfen hat, wird es für die „Christlich-Nationalen“ notwendig sein, sich im Parlament von den Deutschnationalen etwas zu lassen.

Wir wollen dennoch vorläufig mit der Bildung einer Fraktionsgemeinschaft zwischen den Deutschnationalen und ihren bürgerlichen Verbänden rechnen. In diesem Falle würde die Stärke der Deutschnationalen Fraktion nicht 73, sondern 91 Mandate betragen (73 Deutschnationale, 13 „Christlich-Nationale Bauern“, 2 „Sächsisches Landvolk“). Das würde aber noch immer einen Gesamtverlust von 20 Mandaten gegenüber dem letzten Reichstag bedeuten, d. h. von 1 200 000 Stimmen. Über die Ursachen dieses gewaltigen Rückganges braucht man nicht mehr viele Worte zu verlieren: Die Deutschnationalen haben die Dittung für die Politik der Unehrlichkeit erhalten, die sie auf allen Gebieten betreiben haben. Der deutschnationale Stimmenrückgang ist besonders auffallend in den ostelbischen Hochburgen des Großgrundbesitzes: rund 600 000 Stimmen in Ostpreußen, 70 000 in Pommern, 600 000 in Frankfurt a. O. (Neubells Domäne), 60 000 im Wahlkreis Breslau — alle diese Zahlen beweisen wohl zur Genüge, daß die Landesbevölkerung auf dem besten Wege ist, das Reich der Großagrarien und des Landbesitzes abzuschütteln. Es handelt sich hier, wohlgerichtet, um Gegenden, in denen die neue Bauernpartei fast gar nicht in die Erscheinung getreten ist. Aber hier die Auflösung der Gutsbezirke, eine der wichtigsten Folgen der preussischen Einkommensteuer, stark dazu beitragen, diesen Umsturz in Ostelbien herbeizuführen und insbesondere vielen Landarbeitern die Wahlrechtigkeit praktisch zu verschaffen, die sie bisher nur theoretisch besaßen.

Aber auch in den Industriegebieten ist der deutschnationale Einfluß zurückgegangen: die 160 000 Stimmen, die die Deutschnationalen in den drei Groß-Berliner Kreisen verloren haben, davon 65 000 allein im Stadtkreis Berlin, kennzeichnen nämlich die schwere Niederlage der Hugenberg-Pressen. Besonders sind die Verluste der Deutschnationalen in Sachsen. Sie haben dort viele Wähler nicht nur an das gleichgenannte „Sächsisches Landvolk“, sondern auch an die Volkspartei des Grafen v. Helldorf und an die Wirtschaftspartei abgegeben müssen. In Süddeutschland und in Württemberg waren es die christlich-nationalen Bauern, die den größeren Teil der deutschnationalen Verluste aufgefressen haben. In Bayern endlich haben die Deutschnationalen geradezu katastrophal abgehauen: ihre dortige Verlustbilanz beträgt 150 000 Stimmen in den drei bayerischen Wahlkreisen trotz der Kandidatur Lettow-Vorbeck und trotz der Wahlergebnisse des Reichstags in München! Es war eine der merkwürdigsten Erscheinungen der Nachkriegszeit, daß die typische Partei des norddeutschen evangelischen und militärischen Junkertums ausgerechnet in Bayern eine führende Rolle spielen konnte. Nach dem 20. Mai dürfen diese paradoxen Erscheinungen wohl der Vergangenheit angehören.

Die einzigen Wahlkreise, in denen die Deutschnationalen keine Gewinne zu verzeichnen haben, sind die Reichstagskreise: je 2000 Stimmen in Paderborn-West, Köln-Nahen und sogar 28 000 Stimmen in Koblenz-Trier. Für den katholischen Lager der Deutschnationalen unter Führung von Wallraf und Martin Spahn ist das ein taktischer Erfolg auf Kosten des Zentrums. Für das Zentrum aber sollte das eine heillosame Lehre dafür sein, in Zukunft keine gemeinsame „christliche“ Politik mehr mit den Deutschnationalen zu treiben!

Zentrumsannäherung.

Berlin, den 2. Juni. (Eigener Bericht.) Im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen über die Konsequenzen des Wahlergebnisses vom 20. Mai hat bisher im allgemeinen nur die Frage der Neubildung des Reichsministeriums gestanden. Die Regierung des Bürgerblocks ist unterlegen. Sie muß abtreten, ob sie will oder nicht. Das ist der allgemein zu verzeichnende Eindruck.

Anders in Preußen! Dort ist die Regierungstroung gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Der große Wahlerfolg der Sozialdemokratie hat dieser Regierung verstärkte Autorität verliehen. Was sollte deshalb näher liegen, als daß wenigstens die im Wahlkampf unterlegenen bürgerlichen Regierungsparteien in Preußen zunächst einer Veränderung erwünschten? Sie und nicht die Sozialdemokratie haben doch schließlich für den Fall irgend welcher Veränderungen die Kosten zu tragen. Trotzdem erhebt der offizielle Pressedienst der Zentrumspartei am Sonnabend den Ruf nach der großen Koalition auch in Preußen; ob mit oder ohne Einverständnis der maßgebenden Persönlichkeiten des preussischen Zentrums, ist uns nicht bekannt.

Wir wollen uns mit der Frage einer Umbildung der preussischen Regierung für heute nicht näher befassen. Es ist u. U. über ein starkes Stück, daß eine derartige Forderung von dem offiziellen Organ einer Partei erhoben wird, die fast ein Drittel ihrer bisherigen Sitze im preussischen Landtag verloren hat. Sie ist geschlagen und erhebt Ansprüche, als ob sie über alle Erwartungen gesiegt hätte. Wenn schon jemand in Preußen auf verstärkten Einfluß Anspruch hat, dann ist es nicht das Bürgertum, dann ist es die Sozialdemokratie! Sie hat viel mehr Mandate gewonnen, als die bürgerlichen Regierungsparteien verloren haben; sie besitzt heute im preussischen Landtag 44 Mandate mehr als Zentrum und Demokraten zusammen.

men. Es ist der Schreck vor diesem Uebergewicht, der zu dem Ruf des Zentrumsorgans Veranlassung gegeben hat. Man wünscht die Hilfe der Volkspartei, um die politischen Auswirkungen des 20. Mai in Preußen möglichst unwirksam zu machen.

Man täusche sich nicht. Das Ergebnis der Preußenwahlen erfordert in bezug auf den Einfluß der Sozialdemokratie eine gleiche Auswirkung wie das Ergebnis der Wahlen im Reich. Von diesem Gesichtspunkt aus wird die Sozialdemokratie operieren, sobald die Zeit dazu da ist.

Ein schmutziges Konkurrenzmanöver?

Sensationelle Enthüllungen im Wertspionageprozeß. Stuttgart, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In dem Stuttgarter Wertspionageprozeß förderte am Sonnabend die Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten Karrer, Rein, Zeisang und Ziegler nichts wesentlich Neues zutage. Sie bestritten die Vorwürfe des Diebstahls, der Fälscherie und des Betrags von Betriebsgeheimnissen. Aus einem dem Angeklagten Karrer vorgehaltenen Brief, ließ sich allerdings der Schluß ziehen, als wenn er seinerzeit seine Handlungen und die seiner Mitarbeiter nicht durchweg als einwandfrei angesehen hat.

Im weiteren Verlauf des Prozesses stellte der Anwalt des Angeklagten Karrer, der sich jetzt seit neun Monaten in Untersuchungshaft befindet, den Antrag auf seine Entlassung aus der Haft, da weder Kollisions- noch Fluchtgefahr mehr bestehe. Das Gericht lehnte nach längerer Beratung die Haftentlassung im jetzigen Zeitpunkt ab. Es erklärte an, daß ein nicht unerheblicher Teil der Anklage eingeschrumpft und der Verdacht eines Verbrechens wesentlich gemindert sei. Aber ein Hauptpunkt der Anklage, die Natur seiner Beziehungen zu den Riebewerken, sei noch nicht verhandelt worden. Wenn das geschehen sei, werde das Gericht von sich aus die Frage der Haftentlassung nochmals einer Prüfung unterziehen.

Den Höhepunkt der Sonnabendverhandlung bildete die Vernehmung des Angeklagten Kahn, des Berliner Industriellen, der seinerzeit die Riebewerke in seinen Konzern aufnahm und dadurch in ein Konkurrenzverhältnis zu dem S. A. J. Norma Konzern getret. Er gab in einer über zweistündigen Rede ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich gerade die deutschen Kugellagerfabriken befanden. Er schilderte die Preisentwicklung als ein Fessel, die der deutschen Industrie durch ausländisches Kapital auferlegt worden sei. In dem S. A. J. Konzern, der die Normawerke in Cannstatt in sich aufnahm, seien 106 Millionen Schweizer Goldfranken investiert, und der Führer des schweizerischen Zündholzkonzerns, Kreuzger, sei der Hauptaktionär dieses Konzerns. Der von ihm angeführte Weltmarkt hätte das Ziel verfolgt, die deutsche Industrie vom Weltmarkt auszuschließen, daher habe er, Kahn, es als seine Aufgabe angesehen, aus der Konvention herauszukommen. Seit er das getan habe, hätte sich die Produktion der Riebewerke vervierfacht, die Beschäftigung wäre von 100 auf 800 gestiegen. Sodann beschwerte er sich über Vergehung der Aufträge durch das Eisenbahnzentrallamt. Bei der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn waren Aufträge in Höhe von über 3 Millionen Mark zu vergeben, die aber als Rekonstruktionsarbeiten ausgeführt werden sollten. Trotzdem hätte der internationale Weltmarkt sich gegen die S. A. J. Konzern geschlossen die ganzen Aufträge erhalten. Kahn schilderte weiter die Entwicklung des Konkurrenzverhältnisses zwischen ihm und dem Normawerk. Als sich der Ingenieur Karrer bei ihm meldete, habe er sofort dessen außergewöhnliche Befähigung erkannt und ihn zu gewinnen gesucht. Dieser Mann sei in der Norma nicht seinem Wert entsprechend bezahlt worden. Er behaupte die tragische Situation, in der sich Karrer in diesem Prozeß befinde. Das hätte er gar nicht nötig gehabt, denn er sei ein ganz hervorragender Fachmann, ein Techniker aus Passion, der nur in der Beurteilung von geschäftlichen Dingen nicht immer ganz sicher gewesen sei. Er bedauere auch, daß die anderen technischen Beamten hier hineingezogen worden seien, denn

dieser ganze Prozeß sei nichts als ein ganz gemeines Geschäftsmänndchen.

Noch vor vier Wochen sei ihm angeboten worden, daß die Norma den ganzen Prozeß zurücknehmen wolle, wenn er, Kahn, der Preiskonvention der Fabriken wieder beitreten wolle.

Diese Darstellung des ganzen Konflikts wirkte sensationell und löste eine erregte Auseinandersetzung zwischen den juristischen Vertretern der Norma-Werke und dem Verteidiger des Angeklagten Kahn, Rechtsanwalt Wisberg, aus. Letzterer stellte die Behauptung Kahns, daß die Norma-Werke gewillt gewesen seien, sich diesen ganzen Prozeß gegen entsprechendes Geld abzulaufen zu lassen, unter Beweis. — Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

Endgültiges Wahlergebnis für Preußen.

Berlin, 2. Juni. Im „Deutschen Reichsanzeiger“ und „Preussischen Staatsanzeiger“ wird am Sonnabend das endgültige Ergebnis der Wahlen zum preussischen Landtag am 20. Mai 1928 veröffentlicht.

Damach bezug die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 1 820 660, die Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten 449. Es erhielten Mandate: SPD. 136, D. V. P. 82, Zentrum 68, Deutsche Volkspartei 40, KPD. 56, D. V. P. 21, Rep. v. d. Mittelstandes 21, Nat.-Soz. 6, Bdl. nat. Blvd 2, Christl. Nationale 8, P. Hannover. 4, Volkspartei 2, Zentrumspartei Niedersachsen 3, zusammen 449.

Der jammervolle Stahlhelmtag.

Der Stahlhelmtag in Hamburg ist ohne größere Ruhestörungen verlaufen. Am Sonnabend abend kam es allerdings in der Altstadt, in St. Pauli, Altona und Harburg zu Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlern und Reichströmpelern, aber es wurde überall recht bald wieder Ruhe geschaffen. Sonntag vormittag hat die Kundgebung mit einem Aufmarsch im Stadtpark, an dem sich überwiegend Jugendliche beteiligten, seinen Abschluß gefunden. Und trotz dieses Aufgebots von 20 000 bis 30 000 Jugendlichen wird die Zahl der Teilnehmer nur auf ungefähr 50 000 geschätzt. Auch der Stahlhelmtag in Hamburg zeigt, daß die Zeiten der Nationalisten endgültig vorbei sind.

Stahlhelm — Reichsbahn.

Hannover, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Stahlhelm“ kann sich bei der Durchführung seines Stahl-

helmtages in Hamburg des ganz besonderen Wohlwollens und der stärksten Unterstützung der Reichsbahn erfreuen. Die Reichsbahndirektion Hamburg hat „ausläßlich des 19. Reichscontingenttages in Hamburg“ einen über 100 Seiten starken Fahrplan herausgegeben, der alle Einzelheiten der Fahrpläne der Stahlhelmsonderzüge enthält, die nach Hamburg geleitet werden. Aus einleitenden Bemerkungen geht hervor, daß eine ganze Anzahl von Eisenbahn- und Güterzügen umgeleitet werden, um die planmäßige Durchführung der Stahlhelmsonderzüge zu gewährleisten. Wörtlich heißt es u. a.: „Auf die planmäßige Durchführung der Stahlhelmsonderzüge ist mit allen Mitteln hinzuwirken“. Neben den Sonderzügen läßt die Reichsbahn noch eine ganze Anzahl von Leerzügen laufen, wobei sich die Frage ergibt, wer diese Leerzüge bezahlt.

Dienstentlassung Streichers.

Berlin, 2. Juni. Wie die Abendblätter aus München melden, ist der Nationalsozialist Leutnant Julius Streicher seines Amtes entlassen worden, nachdem auch das Oberverwaltungsgericht in München die Amtsenthebung wegen Verlassens des Schuldienstes beim Hitler-Putsch bestätigt hat.

Einberufung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Nachdem feststeht, daß der Reichstag am 13. Juni zusammentritt, ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung am Montag, den 11. Juni, nachmittags 2 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht „Konstituierung der Fraktion und Stellungnahme zur politischen Lage“.

Scheitern der russisch-polnischen Sicherheitsverhandlungen.

Kowno, 4. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, teilt die Sowjetregierung durch ihre amtliche Telegraphenagentur mit, daß die Erklärungen des polnischen Außenministers Jalecki im Sejm, wonach der Verbund der russisch-polnischen Nichtangriffspakte nicht anerkannt wird, in russischen diplomatischen Kreisen ein gewisses Mißtrauen hervorgerufen haben. Mißtrauensvoll wird erklärt, daß zwischen Deutschland und Rußland und zwischen Rußland und Litauen Nichtangriffspakte bestehen, die dem Verbund vorgelegt und von ihm auch eingetragenen sind. Der Verzicht der polnischen Politik, die russisch-polnischen Sicherheitsverhandlungen abzubrechen, beweist, daß sie nicht den Weg zu einer politischen und wirtschaftlichen Verständigung sucht.

Jugoslawien entschuldigt sich.

Belgrad, 2. Juni. Die jugoslawische Regierung hat der italienischen Regierung ihr Bedauern zu den Zwischenfällen in Sebenico und Spalato ausgesprochen und Schadenersatz für die Italiener zugesagt.

Neue italienische Kundgebungen.

Triest, 4. Juni. In Spalato und Sebenico fanden neue italienische Kundgebungen statt. Die Ortsbehörden haben umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. In Zara wurde eine jugoslawische Staatsbürgerin verhaftet, da sie in einem Kino italienische Kundgebungen veranstaltete. Triester Gerüchte sprechen davon, daß in mehreren Orten an der dalmatinischen Küste von jugoslawischer Seite militärische Vorbereitungen getroffen werden.

Zustimmung Australiens zum Kelloggpaß.

London, 3. Juni. Die australische Antwort auf die amerikanische Einladung auf Teilnahme Australiens an den Verhandlungen über den Kellogg-Paß ist am Sonnabend im amerikanischen Staatsdepartement eingegangen. Australien erklärt, ebenso wie vorher Kanada und Neuseeland, seine vorbehaltlose Zustimmung und die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den weiteren Verhandlungen.

Zustimmung Neuseelands, Kanadas und Irlands zu den Kelloggischen Vorschlägen.

London, 1. Juni. Von den britischen Dominionen haben bisher Neuseeland, Kanada und der irische Freistaat der amerikanischen Regierung ihre Zustimmung zu den Kelloggischen Vorschlägen mitgeteilt.

Hoersch bei Briand.

Paris, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter in Paris hat dem Außenminister Briand am Sonnabend einen Besuch abgestattet, um ihn im Namen der Reichsregierung für seine Genehmigung zu beglückwünschen. Gleichzeitig erfolgte eine Aussprache über die Probleme, die auf der Tagesordnung der am Montag beginnenden Tagung des Völkerverbundes stehen.

Um die Abgeordnetenmandate Rickins und Rossés.

Paris, 3. Juni. Die von der Kammer in ihrer Eröffnungsitzung vom Freitag gewählten elf Wahlprüfungs-Ausschüsse haben von 612 Mandaten etwa 380 für gültig erklärt, während dreißig in Frage gestellt wurden. Mit der Wahl der autonominischen Abgeordneten von Alfisch und Kolmar, Rickin und Rossé beschäftigt sich der Ausschuß. Der Berichterstatter des hierfür eingesetzten Unterausschusses soll, wie verlautet, zu dem Schluß gekommen sein, daß die beiden Autonoministen nicht wählbar seien. Das endgültige Urteil soll jedoch nach der Entscheidung des Kassationshofes über die eingelegte Revision gegen den Kolmarer Prozeß gefällt werden.

Tardieu kündigt baldige Stabilisierung an.

Paris, 4. Juni. (Telefon.) Auf der Tagung des Verbandes der Bauhandwerker in Besfort erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, die Regierung habe die Währungsstabilisierung und werde in Kürze die gezielte Lösung des Währungsproblems durchzuführen.

Doucheur zum Arbeitsminister ernannt.

Paris, 2. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Abgeordnete Doucheur ist am Sonnabend zum Arbeitsminister des Kabinetts Poincaré ernannt worden. Die Ernennung des ehemaligen Abgeordneten Oberkirch zum Pensionsminister steht bevor.



Erfolgreiche Kreistagswahl.

Gesamtergebnisse.

Kreis Breslau:

	29. 11. 1925	Reichstag 1928
Sozialdemokratie	14 414	17 720
Deutschn. Volkspartei	8 179	10 470
Zentrum	4 553	7 467
Bauernpartei	1 284	2 195
Bürgerl. Wahlvorschlag	302	910
Chr.-Soz. Arbeiterliste	254	—
Deutsche Volkspartei	1 040	(siehe Drat.) 1 338
Handwerk, Gewerbe und Hausbesitz	385	—

Kreis Neumarkt:

	29. 11. 1925	Reichstag 1928
Sozialdemokratie	6 757	6 389
Deutschn. Volkspartei	6 401	5 850
Zentrum	4 526	4 958
Bauernpartei	2 004	2 163
Kommunisten	287	—
Unpolit. Mittelstandsp.	2 162	2 068

Kreis Oels:

	29. 11. 1925	Reichstag 1928
Sozialdemokratie	9 051	9 223
Bürgerblock	12 713	13 643
(Stadt- und Landliste, Wirtschaftgruppen, Wirtschaftsliste für Sparlichkeit und Volksechspartei)	—	—
Kommunisten	474	752
Bauernpartei	1 657	2 453

Die Mandatsverteilung

sieht demnach folgendermaßen aus:

Kreis Breslau: Sozialdemokraten 12, Deutschnationale 7, Zentrum 4, Bauernpartei 1.

Kreis Neumarkt: Sozialdemokraten 8, Deutschnationale 7, Zentrum 5, Bauernpartei 2, Unpolitische Mittelstandspartei 3.

Kreis Oels: Sozialdemokraten 11, Bauernpartei 2, Bürgerblock 13.

Die Sozialdemokraten haben in den Kreisen Oels und Neumarkt je ein Mandat errungen und den Besitzstand im Landkreise Breslau gehalten. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß alle drei Kreise wichtige Wahlbezirke an den Stadtkreise abgeben haben. Der Erfolg tritt aber ziffernmäßig nicht voll in Erscheinung.

Einzelergebnisse

der Kreise Breslau und Neumarkt.

Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die Ergebnisse der Kreistagswahl vom 29. November 1925. Die Stimmbezirke im Kreise Breslau sind gegenüber 1925 vergrößert, so daß die Vergleichsziffern nicht durchweg zutreffend sind.

Landkreis Breslau.

Clarencranz. Soz. 70 (20); D.V.P. 255 (221); 3. 133 (115); D.B. 46 (10); Bürg. 2 (2); Arb. — (—); Volksp. 7 (—); Handw. 3 (—).
Melchowitz. Soz. 178 (73); D.V.P. 54 (19); 3. 77 (33); D.B. 52 (69); Bürg. — (4); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. 3 (—).
Jänschowitz. Soz. 144 (69); D.V.P. 71 (84); 3. 65 (36); D.B. 45 (34); Bürg. — (1); Arb. 2 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 2 (—).
Tschirne. Soz. 113 (66); D.V.P. 41 (20); 3. 52 (72); D.B. 2 (22); Bürg. — (3); Arb. 1 (—); Volksp. 14 (—); Handw. 3 (—).
Margareth. Soz. 100 (45); D.V.P. 18 (17); 3. 67 (38); D.B. 2 (6); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 6 (—); Handw. — (—).
Steine. Soz. 293 (175); D.V.P. 25 (13); 3. 83 (40); D.B. 47 (59); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. 1 (—).
Groß-Mädlich. Soz. 69 (41); D.V.P. 78 (115); 3. 8 (6); D.B. 26 (25); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 5 (—); Handw. 8 (—).
Zindel. 74 (47); D.V.P. 60 (32); 3. 39 (37); D.B. 17 (37); Bürg. — (1); Arb. — (—); Volksp. 5 (—); Handw. 4 (—).
Wüstendorf. Soz. 23 (16); D.V.P. 32 (24); 3. 62 (76); D.B. 30 (19); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 4 (—); Handw. — (—).
Klein-Mädlich. Soz. 31 (3); D.V.P. 73 (67); 3. 13 (6); D.B. 15 (—); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 2 (—); Handw. — (—).
Brandenbrunn. Soz. 36 (26); D.V.P. 57 (28); 3. 9 (11); D.B. 3 (15); Bürg. 6 (7); Arb. 2 (—); Volksp. 6 (—); Handw. 1 (—).
Schottwitz. Soz. 243 (220); D.V.P. 25 (14); 3. 27 (40); D.B. 10 (13); Bürg. 6 (9); Arb. — (—); Volksp. 6 (—); Handw. — (—).
Protzsch-Weide. Soz. 118 (91); D.V.P. 36 (42); 3. 69 (64); D.B. 73 (66); Bürg. 2 (6); Arb. 1 (—); Volksp. 3 (—); Handw. — (—).
Hofslawitz. Soz. 82 (71); D.V.P. 13 (10); 3. 44 (66); D.B. 49 (30); Bürg. 4 (3); Arb. — (—); Volksp. 2 (—); Handw. — (—).
Weidenhof. Soz. 132 (75); D.V.P. 78 (43); 3. 53 (51); D.B. 23 (46); Bürg. 2 (11); Arb. 2 (—); Volksp. 13 (—); Handw. 2 (—).
Leipe-Petersdorf. Soz. 147 (132); D.V.P. 24 (4); 3. 15 (7); D.B. 52 (55); Bürg. 3 (9); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. 4 (—).
Kantern. Soz. 175 (150); D.V.P. 47 (19); 3. 11 (9); D.B. 16 (37); Bürg. 2 (15); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. — (—).
Herrmannsdorf, Harnoldsmühle. Soz. 423 (280); D.V.P. 240 (234); 3. 101 (86); D.B. 6 (10); Bürg. 4 (10); Arb. 5 (—); Volksp. 15 (—); Handw. 37 (—); ungültig 3.
Strachwitz. Soz. 159 (53); D.V.P. 155 (132); 3. 15 (15); D.B. 21 (13); Bürg. 1 (9); Arb. 4 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 2 (—); ungültig 3.
Groß-Rochern. Soz. 705 (608); D.V.P. 190 (160); 3. 182 (150); D.B. 4 (13); Bürg. 15 (24); Arb. 8 (—); Volksp. 9 (—); Handw. 24 (—).
Opperau-Niederhof. Soz. 304 (180); D.V.P. 66 (119); 3. 15 (22); D.B. — (3); Bürg. 1 (4); Arb. 1 (—); Volksp. 15 (1); Handw. 1 (—).

Schmolz. Soz. 439 (267); D.V.P. 322 (220); 3. 82 (70); D.B. 4 (26); Bürg. 6 (11); Arb. 39 (—); Volksp. 6 (—); Handw. 6 (—).
Romburg. Soz. 24 (18); D.V.P. 60 (65); 3. 2 (5); D.B. 12 (4); Bürg. 1 (—); Handw. 4 (—).
Schallau. Soz. 93 (43); D.V.P. 92 (57); 3. 14 (8); D.B. 12 (4); Arb. 9 (—); Volksp. 5 (—); Handw. 18 (—); Ungültig 2.
Peterwitz. Soz. 152 (58); D.V.P. 120 (114); 3. 44 (71); D.B. 5 (7); Bürg. 2 (4); Arb. 9 (—); Volksp. 16 (—); Handw. 2 (—); Ungültig 1.
Groß-Schottgau. Soz. 88 (65); D.V.P. 29 (39); 3. 27 (20); D.B. 5 (6); Bürg. 1 (—); Arb. 1 (—); Volksp. 1 (—); Ungültig 1.
Neudorf-Alt-Gandau. Soz. 98 (66); D.V.P. 107 (91); 3. 73 (95); D.B. 7 (2); Bürg. — (5); Arb. 5 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 3 (—).
Malkwitz. Soz. 79 (57); D.V.P. 172 (160); 3. 176 (144); D.B. 20 (19); Bürg. 1 (2); Volksp. 3 (—); Handw. 1 (—).
Sadowitz. Soz. 76 (74); D.V.P. 195 (91); 3. 12 (21); D.B. 4 (4); Bürg. 2 (—); Arb. 2 (—); Volksp. 1 (—).
Schossitz. Soz. 89 (48); D.V.P. 57 (55); 3. 75 (73); D.B. 9 (6); Bürg. 1 (—); Volksp. 3 (—); Handw. 1 (—).
Krieblowitz. Soz. 84 (63); D.V.P. 19 (13); 3. 101 (20); D.B. 35 (8); Bürg. 1 (1); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. 3 (—).
Paschwitz. Soz. 109 (73); D.V.P. 43 (31); 3. 20 (33); D.B. 1 (5); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. — (—).
Tinz. Soz. 55 (53); D.V.P. 146 (112); 3. 99 (92); D.B. 12 (10); Bürg. 1 (2); Arb. — (—); D.V.P. 1 (—); Handw. 1 (—).
Wischwitz a. Berge. Soz. 73 (48); D.V.P. 71 (56); 3. 2 (15); D.B. — (—); Bürg. 1 (—); Arb. 6 (—); D.B. 1 (—); Handw. — (—).
Kietzdorf. Soz. 985 (696); D.V.P. 194 (333); 3. 60 (30); D.B. 5 (12); Bürg. 8 (30); Arb. 26 (—); Volksp. 114 (—); Handw. 25 (—); ungültig 7.
Zweibrühl. Soz. 169 (140); D.V.P. 81 (39); 3. 33 (24); D.B. 1 (4); Bürg. 2 (5); Arb. 2 (—); Volksp. 6 (—); Handw. 3 (—).
Wolgwitz. Soz. 84 (21); D.V.P. 19 (4); 3. 101 (52); D.B. 35 (33); Bürg. 1 (—); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. 3 (—).
Dittschin (Kreitzgebiet). Soz. 379 (340); D.V.P. 61 (31); 3. 78 (82); D.B. 3 (18); Bürg. 2 (14); Arb. — (—); D.B. 23 (—); Handw. 3 (—).
Wolfschütz (Kreitzgebiet). Soz. 225 (275); D.V.P. 120 (150); 3. 12 (25); D.B. 4 (23); Bürg. 4 (9); Arb. — (—); Volksp. 17 (—); Handw. 1 (—).
Grünhübel-Wettlern. Soz. 369 (262); D.V.P. 81 (41); 3. 33 (41); D.B. 3 (30); Bürg. 3 (13); Arb. 6 (—); Volksp. 34 (—); Handw. 2 (—).
Lohe. Soz. 147 (106); D.V.P. 21 (30); 3. 26 (25); D.B. 27 (13); Bürg. — (4); Arb. 1 (—); Volksp. 6 (—); Handw. — (—).
Carowahne. Soz. 115 (38); D.V.P. 94 (30); 3. 15 (4); D.B. 13 (3); Bürg. — (—); Arb. 1 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 4 (—).
Randshüg.-Wesitz. Soz. 177 (93); D.V.P. 29 (32); 3. 5 (10); D.B. 2 (8); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 2 (—); Handw. 6 (—); ungültig 1.
Domschau. Soz. 213 (131); D.V.P. 127 (172); 3. 8 (15); D.B. 4 (14); Bürg. 3 (11); Arb. 23 (—); Volksp. 38 (—); Handw. 9 (—).
Gallowitz. Soz. 58 (39); D.V.P. 50 (62); 3. 24 (25); D.B. 1 (133); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. 5 (—).
Kepplene. Soz. 125 (61); D.V.P. 104 (79); 3. 28 (29); D.B. 1 (1); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 4 (—); Handw. 1 (ung. 2).
Wilschau. Soz. 134 (102); D.V.P. 117 (104); 3. 11 (17); D.B. 8 (31); Bürg. 1 (2); Arb. — (—); Volksp. 10 (—); Handw. 8 (—).
Roberwitz. Soz. 476 (261); D.V.P. 140 (177); 3. 54 (50); D.B. 25 (12); Bürg. 11 (11); Arb. 5 (—); Volksp. 34 (—); Handw. 47 (—).
Kniegnitz. Soz. 96 (50); D.V.P. 49 (48); 3. 10 (6); D.B. — (5); Bürg. — (2); Arb. — (—); Volksp. 9 (—); Handw. 1 (—).
Magnitz. Soz. 33 (26); D.V.P. 53 (49); 3. 1 (4); D.B. 1 (2); Bürg. — (1); Arb. 6 (—); Volksp. 4 (—); Handw. 1 (—).
Zaumgarten. Soz. 132 (93); D.V.P. 52 (32); 3. 11 (13); D.B. 18 (19); Bürg. 2 (4); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. 2 (—).
Schlauz. Soz. 127 (54); D.V.P. 252 (221); 3. 12 (8); D.B. 1 (1); Bürg. 1 (1); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. — (—).
Grübnitz. Soz. 246 (218); D.V.P. 142 (143); 3. 76 (68); D.B. 15 (18); Bürg. 3 (3); Arb. — (—); Volksp. 23 (—); Handw. 10 (—); ungültig 5.
Schiedlawitz. Soz. 71 (78); D.V.P. 25 (11); 3. 11 (17); D.B. 17 (17); Bürg. 4 (2); Arb. — (—); Volksp. 2 (—); Handw. 1 (—).
Albrechtendorf. Soz. 176 (120); D.V.P. 167 (24); 3. 6 (5); D.B. 28 (31); Bürg. — (—); Arb. 1 (—); Volksp. 7 (—); Handw. 4 (—); ungültig 1.
Buchkowa. Soz. 114 (15); D.V.P. 158 (149); 3. 18 (6); D.B. 15 (3); Bürg. — (—); Arb. 2 (—); Volksp. 6 (—); Handw. 1 (—); ungültig 1.
Corantitz. Soz. 89 (17); D.V.P. 78 (46); 3. 2 (7); D.B. 14 (3); Bürg. — (2); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. 5 (—).
Wirwitz. Soz. 265 (193); D.V.P. 253 (214); 3. 51 (38); D.B. 4 (8); Bürg. — (—); Arb. 2 (—); Volksp. 19 (—); Handw. 8 (—).
Kroßwitz. Soz. 122 (86); D.V.P. 98 (78); 3. 27 (22); D.B. 2 (3); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. — (—); Handw. 3 (—).
Schönbantwitz. Soz. 157 (62); D.V.P. 100 (62); 3. 21 (18); D.B. 7 (9); Bürg. 1 (3); Arb. 3 (—); Volksp. 3 (—); Handw. 4 (—).
Priffelwitz. Soz. 129 (61); D.V.P. 21 (47); 3. 31 (37); D.B. 47 (23); Bürg. — (—); Arb. 1 (—); Volksp. 4 (—); Handw. 4 (—).
Kadichowau. Soz. 146 (108); D.V.P. 99 (96); 3. 20 (22); D.B. 15 (16); Bürg. 1 (—); Arb. 2 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 4 (—).
Wangern. Soz. 113 (102); D.V.P. 64 (67); 3. 162 (162); D.B. 39 (44); Bürg. 1 (2); Arb. 1 (—); Volksp. 13 (—); Handw. 2 (—).
Bogau. Soz. 66 (37); D.V.P. 83 (69); 3. 17 (27); D.B. 27 (40); Bürg. — (3); Volksp. 4 (—); Handw. 1 (—).
Groß-Sürbzig. Soz. 35 (52); D.V.P. 66 (44); 3. 16 (12); D.B. 1 (—); Volksp. 3 (—).
Kalkowitz. Soz. 30 (20); D.V.P. 34 (40); 3. 6 (2); D.B. 2 (2); Arb. 1 (—).
Groß-Breja. Soz. 80 (28); D.V.P. 77 (43); 3. 25 (27); D.B. 12 (8); Arb. 7 (—); Volksp. 2 (—).
Kochfürben. Soz. 336 (257); D.V.P. 179 (162); 3. 136 (118); D.B. 10 (8); Bürg. 1 (3); Arb. 3 (—); Volksp. 22 (—); Handw. 14 (—); Ungültig 1.
Wolgwitz. Soz. 142 (49); D.V.P. 115 (42); 3. 35 (30); D.B. 7 (11); Bürg. — (5); Volksp. 4 (—); Handw. 2 (—).

Thauer. Soz. 88 (24); D.V.P. 89 (23); 3. 26 (17); D.B. 3 (—); Arb. 3 (—); Volksp. 6 (—); Ungültig 1.
Alt-Schleja. Soz. 118 (59); D.V.P. 135 (47); 3. 56 (29); D.B. 24 (11); Arb. 2 (—); Volksp. 9 (—).
Bismarckfeld. Soz. 66 (3); D.V.P. 113 (38); 3. 61 (2); D.B. 20 (10); Arb. 2 (—); Volksp. 1 (—); Ungültig 1.
Melkowitz. Soz. 54 (42); D.V.P. 92 (77); 3. — (4); D.B. 1 (3); Bürg. — (1); Arb. 2 (—); Volksp. 5 (—); Handw. — (—).
Kreitz. Soz. 93 (55); D.V.P. 36 (31); 3. 9 (7); D.B. — (3); Bürg. — (—); Arb. 1 (—); Volksp. — (—); Handw. — (—).
Boguslawitz. Soz. 99 (27); D.V.P. 212 (54); 3. 31 (20); D.B. 16 (19); Bürg. — (1); Arb. 7 (—); Volksp. 4 (—); Handw. — (—).
Kantern. Soz. 311 (178); D.V.P. 188 (95); 3. 371 (315); D.B. 29 (23); Bürg. 7 (20); Arb. 17 (—); Volksp. 18 (—); Handw. 13 (—).
Kottwitz. Soz. 203 (130); D.V.P. 16 (17); 3. 179 (48); D.B. — (—); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 3 (—); Handw. 2 (—).
Tschirne. Soz. 219 (185); D.V.P. 106 (108); 3. 142 (154); D.B. 19 (7); Bürg. 40 (4); Arb. 8 (—); Volksp. 23 (—); Handw. 7 (—); 1 ungültig.
Althofen. Soz. 59 (70); D.V.P. 31 (39); 3. 31 (29); D.B. 48 (17); Bürg. — (2); Arb. 2 (—); Volksp. 1 (—); Handw. — (—).
Klein-Süßwitz. Soz. 240 (80); D.V.P. 85 (92); 3. 54 (27); D.B. 10 (9); Bürg. 2 (1); Arb. 4 (—); Volksp. 9 (—); Handw. 5 (—).
Schönborn. Soz. 196 (77); D.V.P. 43 (27); 3. 22 (11); D.B. 56 (57); Bürg. 3 (2); Arb. — (—); Volksp. 24 (—); Handw. 10 (—).
Oldern. Soz. 146 (81); D.V.P. 35 (53); 3. 4 (9); D.B. 2 (4); Bürg. 2 (1); Arb. 1 (—); Volksp. 1 (—); Handw. 4 (—); 1 ungültig.
Dürricht. Soz. 116 (34); D.V.P. 62 (53); 3. 5 (5); D.B. 4 (1); Bürg. — (1); Arb. — (—); Volksp. 1 (—); Handw. 2 (—).
Weslau. Soz. 948 (1100); D.V.P. 548 (689); 3. 561 (588); D.B. 8 (30); Bürg. 144 (177); Arb. 13 (—); Volksp. 363 (—); Handw. 18 (—). Wahlbeteiligung 48 Prozent.
Müddowitz. Soz. 142 (72); D.V.P. 115 (29); 3. 35 (8); D.B. 7 (18); Bürg. — (—); Arb. — (—); Volksp. 4 (—); Handw. 2 (—).
Süßenau. Soz. 98 (48); D.V.P. 208 (83); 3. 31 (5); D.B. 14 (14); Bürg. — (—); Arb. 12 (—); Volksp. — (—); Handw. — (—).

Kreis Neumarkt.

Neumarkt I. Soz. 287 (261); D.V.P. 108 (165); 3. 111 (113); D.B. 1 (11); Komm. 48 (—); Mittel. 266 (173).
Neumarkt II. Soz. 291 (261); D.V.P. 125 (167); 3. 101 (83); D.B. 2 (5); Komm. 31 (—); Mittel. 235 (190).
Neumarkt III mit Gut Glänzdorf und Proßkei. Soz. 265 (192); D.V.P. 156 (219); 3. 163 (151); D.B. 8 (13); Komm. 37 (—); Mittel. 306 (176).
Mallisch I u. II. Soz. 386 (267); D.V.P. 230 (145); 3. 154 (162); D.B. 7 (12); Komm. 7 (—); Mittel. 213 (149).
Canth I. Soz. 138 (197); D.V.P. 279 (102); 3. 233 (238); D.B. 5 (14); Komm. 4 (—); Mittel. 38 (98).
Canth II. Soz. 125 (146); D.V.P. 143 (37); 3. 148 (169); D.B. — (5); Komm. 2 (—); Mittel. 40 (53).
Baudis und Rasendorf. Soz. 30 (23); D.V.P. 57 (49); 3. 25 (42); D.B. 20 (21); Komm. — (—); Mittel. 5 (6).
Müsch und Komolwitz. Soz. 37 (36); D.V.P. 61 (35); 3. 34 (48); D.B. 39 (34); Komm. 2 (—); Mittel. 1 (5).
Schweinitz b. C. und Tschöben. Soz. 43 (31); D.V.P. 49 (42); 3. 57 (79); D.B. 26 (7); Komm. 2 (—); Mittel. 6 (6).
Weslau. Soz. 63 (48); D.V.P. 42 (29); 3. 8 (7); D.B. 21 (26); Komm. 2 (—); Mittel. 9 (3).
Terschendorf. Soz. 16 (17); D.V.P. 83 (100); 3. 5 (5); D.B. 9 (13); Komm. 1 (—); Mittel. 20 (6).
Tschamendorf. Soz. 26 (31); D.V.P. 52 (61); 3. 9 (6); D.B. 4 (7); Komm. 1 (—); Mittel. 9 (2).
Gloßhau m. Ganjeran. Soz. 48 (16); D.V.P. 34 (25); 3. 79 (84); D.B. 62 (51); Komm. 2 (—); Mittel. 5 (3).
Weslau. Soz. 10 (17); D.V.P. 39 (23); 3. 9 (8); D.B. 9 (15); Komm. 2 (—); Mittel. — (2).
Ostlitz. Soz. 50 (12); D.V.P. 7 (8); 3. 21 (46); D.B. 16 (24); Komm. — (—); Mittel. 2 (1).
Kammendorf b. C. Soz. 41 (38); D.V.P. 17 (24); 3. 10 (8); D.B. 45 (39); Komm. 1 (—); Mittel. 4 (9).
Landau. Soz. 29 (7); D.V.P. 35 (24); 3. 54 (54); D.B. 3 (5); Komm. — (—); Mittel. 2 (3).
Büschdorf. Soz. 101 (73); D.V.P. 59 (51); 3. 71 (77); D.B. 21 (21); Komm. — (—); Mittel. 16 (19).
Bruch. Soz. 28 (19); D.V.P. 25 (14); 3. 1 (5); D.B. 8 (12); Komm. 1 (—); Mittel. 5 (5).
Blumersode. Soz. 107 (62); D.V.P. 55 (71); 3. 3 (5); D.B. 9 (25); Komm. — (—); Mittel. 24 (22).
Wilschhau. Soz. 83 (73); D.V.P. 93 (79); 3. 6 (6); D.B. 5 (10); Komm. — (—); Mittel. 21 (16).
Klein-Breja und Griesau. Soz. 68 (42); D.V.P. 89 (67); D.B. 41 (47); Komm. 2 (—); Mittel. 8 (6).
Borganie. Soz. 107 (88); D.V.P. 20 (14); 3. 59 (67); D.B. 11 (15); Komm. 14 (—); Mittel. 3 (—).
Weslau. Soz. 51 (29); D.V.P. 35 (16); 3. 32 (39); D.B. 23 (19); Komm. 2 (—); Mittel. 6 (8).
Borne. Soz. 72 (22); D.V.P. 31 (45); 3. 11 (16); D.B. 34 (45); Komm. — (—); Mittel. 19 (10).
Großelwitz und Gr. Heiden. Soz. 74 (30); D.V.P. 50 (55); 3. 35 (70); D.B. 69 (39); Komm. 2 (—); Mittel. 5 (6).
Groß-Breja. Soz. 88 (50); D.V.P. 35 (15); 3. 17 (15); D.B. 30 (46); Komm. 2; Mittel. 8 (11).
Dambitzsch. Soz. 109 (110); D.V.P. 62 (23); 3. 26 (27); 3. 8 (10); D. B. 17 (28); Komm. 1 (—); Mittel. 9 (22).
Breitenau. Soz. 26 (10); D.V.P. 64 (73); 3. 7 (11); D.B. 13 (8); Komm. — (—); Mittel. — (—).
Seedorf. Soz. 52 (35); D.V.P. 38 (29); 3. 4 (4); D.B. 16 (16); Komm. — (—); Mittel. 4 (2).
Kegwitz. Soz. 33 (20); D.V.P. 27 (97); 3. 21 (7); D.B. 8 (12); Komm. — (—); Mittel. 7 (2).
Camose und Rachen. Soz. 53 (26); D.V.P. 118 (125); 3. 69 (79); D.B. 11 (16); Komm. — (—); Mittel. 19 (26).
Schadowitz. Soz. 10 (12); D.V.P. 128 (76); 3. 3 (10); D.B. 4 (8); Komm. — (—); Mittel. 6 (5).
Fallenstein mit Eisenwerk. Soz. 48 (44); D.V.P. 60 (78); 3. 4 (12); D.B. 3 (7); Komm. — (—); Mittel. 15 (7).
Brandhüh. Soz. 39 (28); D.V.P. 62 (38); 3. 5 (11); D.B. 13 (9); Komm. — (—); Mittel. 6 (6).
Braunhüh. Soz. 21 (12); D.V.P. 44 (19); 3. 2 (12); D.B. 25 (19); Komm. 3 (—); Mittel. — (8).
Ungetz mit Baräne. Soz. 22 (24); D.V.P. 51 (7); 3. 23 (13); D.B. 4 (12); Komm. 1 (—); Mittel. 2 (3).
Süßhau und Unglitz. Soz.

Diedorf mit Buchwäldchen. Soz. 66 (63); D.B.P. 108 (76); 3. 121 (77); D.B. 2 (13); Komm. 2 (-); Mittel. 20 (23).
Schönau. Soz. 42 (32); D.B.P. 35 (38); 3. 34 (29); D.B. 19 (8); Komm. 2 (-); Mittel. 8 (4).
Kauze. Soz. 209 (166); D.B.P. 31 (24); 3. 13 (11); D.B. 10 (27); Komm. 3 (-); Mittel. 61 (35).
Malerwitz. Soz. 116 (101); D.B.P. 10 (22); 3. 7 (6); D.B. 7 (8); Komm. 5 (-); Mittel. 27 (7).
Schöneiche. Soz. 85 (51); D.B.P. 77 (80); 3. 31 (44); D.B. 12 (15); Komm. - (-); Mittel. 10 (9).
Frankenthal. Soz. 20 (7); D.B.P. 129 (97); 3. 9 (2); D.B. 3 (4); Komm. - (-); Mittel. 22 (5).
Kramitz, Maderau und Sarawenge. Soz. 58 (45); D.B.P. 92 (100); 3. 2 (11); D.B. 46 (39); Komm. - (-); Mittel. 6 (7).
Grielenau mit Simichitz. Soz. 82 (81); D.B.P. 65 (85); 3. 74 (70); D.B. 98 (98); Komm. 1 (-); Mittel. 23 (14).
Gr. Hohlan mit Kalkine. Soz. 39 (46); D.B.P. 203 (129); 3. 12 (21); D.B. 12 (16); Komm. 1 (-); Mittel. 3 (15).
Schriegnitz und Sogshitz. Soz. 42 (28); D.B.P. 78 (54); 3. 20 (24); D.B. 41 (45); Komm. 1 (-); Mittel. - (1).
Vobitz und Kadzberg. Soz. 31 (25); D.B.P. 97 (122); 3. 28 (32); D.B. 25 (7); Komm. 1 (-); Mittel. 3 (1).
Kerzhitz mit Büßung. Soz. 24 (5); D.B.P. 78 (61); 3. 9 (4); D.B. 9 (1); Komm. - (-); Mittel. 1 (4).
Niederschütz und Gossendorf. Soz. 117 (63); D.B.P. 95 (75); 3. 11 (15); D.B. 14 (26); Komm. - (-); Mittel. 26 (38).
Ziesewitz und Mischelsdorf. Soz. 70 (48); D.B.P. 214 (153); 3. 31 (25); D.B. 16 (12); Komm. 8 (-); Mittel. 39 (20).
Nirxien und Stula. Soz. 162 (37); D.B.P. 85 (77); 3. 6 (13); D.B. 42 (45); Komm. 7 (-); Mittel. 12 (17).
Kablau mit Neudorf und Gödel. Soz. 54 (33); D.B.P. 20 (22); 3. 22 (32); D.B. 12 (7); Komm. - (-); Mittel. 12 (5).
Vandorf. Soz. 92 (82); D.B.P. 39 (9); 3. 11 (5); D.B. 9 (10); Komm. - (-); Mittel. 7 (1).
Kammdorf b. R. Soz. 27 (12); D.B.P. 83 (71); 3. 14 (18); D.B. 1 (3); Komm. - (-); Mittel. 4 (9).
Kriehitz und Pöhlendorf. Soz. 51 (17); D.B.P. 61 (108); 3. 94 (103); D.B. 35 (15); Komm. 2 (-); Mittel. 18 (22).
Hansdorf. Soz. 15 (9); D.B.P. 67 (62); 3. 34 (43); D.B. 17 (11); Komm. - (-); Mittel. - (4).
Leuten und Sarta. Soz. 175 (140); D.B.P. 200 (195); 3. 61 (30); D.B. 51 (34); Komm. 1 (-); Mittel. 32 (34).
Marschwitz. Soz. 177 (141); D.B.P. 30 (17); 3. 13 (16); D.B. 24 (13); Komm. 6 (-); Mittel. 6 (16).
Wlgen und Trautenau. Soz. 113 (78); D.B.P. 12 (12); 3. 148 (140); D.B. 10 (21); Komm. 1 (-); Mittel. 1 (12).
Schreibersdorf und Peislerwitz. Soz. 36 (56); D.B.P. 51 (79); 3. 100 (76); D.B. 35 (69); Komm. 1 (-); Mittel. 3 (7).
Vogelsdorf. Soz. 57 (45); D.B.P. 52 (55); 3. 85 (61); D.B. 17 (21); Komm. - (-); Mittel. 17 (17).
Ob- und Ndr. Straie mit Schmachthain. Soz. 79 (66); D.B.P. 108 (100); 3. 28 (44); D.B. 49 (43); Komm. 1 (-); Mittel. - (13).
Ober-Stephansdorf mit Rajsdorf, Vogelherd und Schweinberg. Soz. 153 (148); D.B.P. 112 (160); 3. 65 (71); D.B. 12 (13); Komm. 2 (-); Mittel. 41 (34).
Nieder-Stephansdorf mit Zickendorf, Schwarze Schäferei (ohne Kerzhitz) und Set Grünthal. Soz. 64 (41); D.B.P. 35 (39); 3. 34 (32); D.B. 7 (17); Komm. 1 (-); Mittel. 1 (7).
Kobelnitz mit Kerzhitz, Schwarze Schäferei, Forsthaus Fogal und Försterei Oberdorf. Soz. 14 (25); D.B.P. 35 (22); 3. 1 (6); D.B. 11 (9); Komm. - (-); Mittel. 5 (3).

Schlaube. Soz. 33 (31); D.B.P. 57 (48); 3. 1 (1); D.B. 18 (28); Komm. 1 (-); Mittel. 6 (8).
Groß-Saabor mit Klein-Saabor und Buchhof nebst Försterei Hasenwerder. Soz. 60 (39); D.B.P. 40 (27); 3. 70 (48); D.B. 80 (28); Komm. 1 (-); Mittel. 4 (-).
Nimtau und Oberförsterei Nimtau. Soz. 136 (92); D.B.P. 65 (60); 3. 137 (120); D.B. 22 (29); Komm. 4 (-); Mittel. 70 (51).
Neudorf und Koclau. Soz. 28 (21); D.B.P. 47 (24); 3. 73 (81); D.B. 13 (12); Komm. 2 (-); Mittel. 10 (8).
Schimmelwitz und Jürsch. Soz. 46 (9); D.B.P. 44 (17); 3. 37 (53); D.B. 3 (10); Komm. - (-); Mittel. 1 (11).
Groß-Peterwitz und Zaungwitz. Soz. 124 (103); D.B.P. 114 (110); 3. 113 (81); D.B. 42 (51); Komm. 5 (-); Mittel. 32 (59).
Polenz und Spillendorf. Soz. 71 (42); D.B.P. 48 (30); 3. 103 (92); D.B. 4 (9); Komm. - (-); Mittel. 6 (9).
Rudowitz, Stöpschitz und Kommenau. Soz. 89 (85); D.B.P. 44 (22); 3. 72 (105); D.B. 69 (31); Komm. 1 (-); Mittel. 8 (11).
Schwitz. Soz. 224 (175); D.B.P. 25 (15); 3. 71 (76); D.B. 65 (67); Komm. 20 (-); Mittel. 2 (19).
Rippert mit Försterei Rippert und Gut Guderwitz. Soz. 62 (42); D.B.P. 66 (53); 3. 125 (115); D.B. 22 (19); Komm. - (-); Mittel. 10 (10).
Wohwitz. Soz. 9 (22); D.B.P. 27 (7); 3. 19 (10); D.B. 25 (39); Komm. 8 (-); Mittel. 4 (4).
Nieder-Witz und Ober-Witz. Soz. 81 (55); D.B.P. 51 (62); 3. 151 (176); D.B. 11 (6); Komm. 3 (-); Mittel. 27 (7).
Schmelwitz und Querkwitz. Soz. 35 (28); D.B.P. 46 (20); 3. 46 (62); D.B. 55 (79); Komm. 2 (-); Mittel. 2 (6).
Wilton mit Karlsberg und Zickendorf. Soz. 81 (60); D.B.P. 21 (18); 3. 61 (67); D.B. 24 (25); Komm. - (-); Mittel. 3 (6).
Weißeritz. Soz. 52 (51); D.B.P. 40 (36); 3. 101 (121); D.B. 16 (1); Komm. - (-); Mittel. 9 (2).
Zentwitz. Soz. 13 (4); D.B.P. 70 (43); 3. 7 (5); D.B. - (18); Komm. 3 (-); Mittel. 10 (9).
Zablitz. Soz. 54 (23); D.B.P. 29 (22); 3. 63 (92); D.B. 17 (16); Komm. 1 (-); Mittel. 5 (6).
Zickendorf. Soz. 58 (24); D.B.P. 71 (103); 3. 157 (196); D.B. 37 (15); Komm. 2 (-); Mittel. 73 (25).
Zickendorf. Soz. 22 (30); D.B.P. 33 (22); 3. 100 (74); D.B. 34 (38); Komm. 3 (-); Mittel. 4 (7).
Zickendorf. Soz. 36 (18); D.B.P. 69 (84); 3. 50 (44); D.B. 21 (19); Komm. - (-); Mittel. 9 (4).
Zickendorf. Soz. 10 (8); D.B.P. 17 (7); 3. 39 (51); D.B. 34 (26); Komm. - (-); Mittel. 4 (3).
Zickendorf und Schönau. Soz. 13 (36); D.B.P. 52 (48); 3. 21 (33); D.B. 25 (15); Komm. 4 (-); Mittel. 11 (10).
Zickendorf. Soz. 27 (8); D.B.P. 37 (32); 3. 58 (51); D.B. 17 (26); Komm. 4 (-); Mittel. 35 (20).
Zickendorf und Zickendorf. Soz. 26 (20); D.B.P. 21 (20); 3. 4 (5); D.B. 49 (42); Komm. - (-); Mittel. 2 (1).
Zickendorf. Soz. 22 (29); D.B.P. 62 (64); 3. 17 (18); D.B. 43 (31); Komm. 5 (-); Mittel. 11 (9).
Zickendorf. Soz. 107; D.B.P. 20; 3. 59; D.B. 11; Komm. 14; Mittel. 3.
Zickendorf. Soz. 51; D.B.P. 35; 3. 32; D.B. 25; Komm. 2; Mittel. 6.

Esst mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Wirtschaft.

Um die Schlesische Mühlenindustrie

Kein Abbau der Ausfuhrprämien.

Der Verband der Schlesischen Mühlenverbände wendet neuerdings an die Öffentlichkeit, und teilt mit, daß bei Bemühungen um Aufhebung der Getreideeinfuhrzölle ein erfolglos geblieben sind. Nach wie vor kann durch diese schmerzliche Stellung des Reichsernährungsministers das schlesische Getreide unvermehrt durch eine Exportprämie von 5 Mark Doppelzentner begünstigt, in das benachbarte Ausland abzuwandern und wieder in Vereinigten Schlesischen Mühlenverbände mittels der Kohstoffbeschaffung der schlesischen Mühlen fälschbar, zeitweise sogar gänzlich unterbinden. Die Getreidepreise werden in Angabe der gleichen Stelle derart hoch gehalten, daß die schlesischen Mühlen jede Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Mühlen des Reiches genommen ist. Führende Betriebe der schlesischen Mühlenindustrie sind daher gezwungen, ihre Betriebe stillzulegen.

Es ist bedauerlich, daß die verantwortlichen Behörden nicht geirrt haben, um den schlesischen Mühlen diesen letzten Schutz zu ersparen, sondern die schlesische Mühlenindustrie ihrer Schicksal überlassen, obwohl es sich um eine Industrie handelt, die sowohl für die Landwirtschaft, als auch für die Verbrauchergleich wichtig ist. Die volkswirtschaftlich unverständliche Haltung der zuständigen Berliner Regierungsstellen und die geringe Anteilnahme der Lokalbehörden an dem Geschick der schlesischen Mühlen ist um so bedauerlicher, als es sich um eine Industrie handelt, die in der Hauptsache durch das Getreideeinfuhrzölle ihrem heraufbeschworen werden ist und nicht eingetreten wäre, wenn man den langjährigen Warnungen der schlesischen Mühlen auf Beseitigung dieser Prämien haltgegeben hätte. Diese Ausfuhrprämie verhilft den polnischen und tschechischen Käufer das schlesische Getreide, verneuert aber das im eigenen Land verbleibende Getreide und damit auch die schlesischen Brotpreise. Polen und Tschechoslowakei würden im Bedarfsfälle Mehl kaufen, wenn ihnen nicht das billige prämierte schlesische Getreide zur Verfügung stände.

Der hier vertretene Standpunkt der schlesischen Mühlen schon verschiedentlich von der fortschrittlichen schlesischen Presse unterstützt worden, denn die Nachteile des Getreideeinfuhrzölle systems sind nicht nur vom Gesichtspunkt der Mülereinteressen aus zu unterstreichen. Tatsächlich wird durch diese Prämie, verbunden mit dem Schutz, ein ganz unmöglicher Zustand geschaffen. Durch den Schutz wird das ausländische Getreide für den deutschen Verbraucher erheblich erhöht, durch die Einfuhrprämie aber dann die Ausfuhr deutschen Getreides begünstigt, daß das Agrarland Polen heute, wie in der letzten Zeit Italiens nachgewiesen wurde, mehr deutsches Getreide einführt, w eigenes Getreide nach Deutschland ausführt. Es ist schwer zu verstehen, daß das Reichsernährungsministerium, unbeschadet dieser Zusammenhänge und unbeschadet des Darunterliegenden eines nicht unwichtigen Zweiges der schlesischen Gewerbe an den Ausfuhrprämien festhält. Das von Mülern angeführte Verlangen der Lokalbehörden deutet allerdings auch daraufhin, daß im eigenen Lande die enge Verflechtung von den aus- und inländischen Wirtschaftsverhältnissen — ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie die Schlesien auf eine zweckmäßige Gestaltung seiner Wirtschaftsverhältnisse zum nahen Ausland angewiesen ist — noch nicht allgemein verstanden. Hoffentlich bringt die Neubildung der Regierung eine Revidierung des bisher von Berlin vertretenen Standpunktes.

Jeipol Tomarzewo.

Die „Kultur“gemeinschaft verteidigt den Schulterror in Gdulla.

Im polnischen Schlesien herrscht der Brauch, daß sich die allgemein kulturellen Zielen huldigenden Vereine eines Ortes in einer Art Kulturgemeinschaft zusammenfassen. Diese „Jeipol Tomarzewo“ genannten Gemeinschaften regeln das Vereinsleben des Ortes und verhalten das Gegenseitigearbeiten der einzelnen Organisationen, erfüllen also eine nützliche Aufgabe und sind selbstverständlich unpolitisch. Doch dem ist nicht immer so.

Bei den Schulmordungen für die deutsche Minderheitsschule in Gdulla kam es bekanntlich zu Angriffen polnischer Chauvinisten auf die deutschen Eltern. Man bewarft die Lehrer mit Steinen und verhängte die Fensterläden in ihren Wohnungen. Als dieser Banditismus am helllichten Tage in der deutschen Minderheitsschule gebührend wurde, da meldeten sich die Landwirte in den Spalten der woiwodschaftsamtlichen „Polska Zjednoczenia“ und bezeichnen sich als Mitglieder der „Jeipol Tomarzewo“. Sie entschuldigen die „kleinen“ Scheidensätze mit der „Aufregung“, die sich der Bevölkerung bemächtigt, weil in Kerschberg bei Bautzen bei der letzten Reichstagswahl angeblich Wahlterror geübt wurde. Ihre Substanzlose leidet gar nicht im Zusammenhang mit den Schulmordungen für die deutsche Minderheitsschule. Als Beweis hierfür wird angeführt, daß auch ein Ehepaar, das keine Kinder hat, die Fensterläden eingeschlagen wurden. Diese in Ob- und Ober-schlesien in der Amtsperiode des woiwoden Graspinski eingeschuldete Straftatigkeit solcher Verbrennen ist die Ursache, daß sich per Schuldige hier selbst meldet, keine „Daten“ in einer Zeitung öffentlich verteidigt und zu erklären sucht.

Trotz dieser „Kultur“gemeinschaften der polnischen Vereine in Gdulla sich zum ungenügenden Verteidiger von absolut nicht zu verteidigenden Angriffen auf Staatsbürger anderer Zunge aufwirft, bekennet er sich ganz offensichtlich selbst schuldig. Man kann nicht sagen, daß dies der polnischen Nation, deren Befreiungskämpfe so viele deutsche Dichter begeisterten, zur Ehre gereiche. Polen ist ein Nationalitäten-, kein Nationalisten- und nicht es als bleiben. Weder die Sprechensurteile gegen die wehrfähigen „Strawada“ noch der durch eine Kulturgemeinschaft gestiftete Terror gegen deutschsprechende Eltern in Oberschlesien können daran etwas ändern. Eine bewußt angelegte, vom gefunden Menschenverstand gebotene und in ihrem politischen Erfolg sicher zu bewertende Toleranzpolitik im polnischen Nachbarlande würden viel dazu beitragen, die unnatürlichen Mauern, die Schlesiens größte Grenze fast wie eine chinesische Mauer absperrt, zu beseitigen.

Auf der Straße Halbschlaf-Braunau ist der Eisenbahnverkehr durch das Unwetter glatt unterbrochen worden.

Kohlsdorf, Kreis Vollenhain. Die Reife verpestet.

Seit einiger Zeit wird hier in der wütenden Reife ein starkes Fäulnis beobachtet. In hunderten Schimmeln an der Oberfläche des Wassers tote Fäulnisse. Die Polizeibehörde ist bestrebt, die Ursache der Wassererregung festzustellen.

Strehlen. Das Hochwasser im Kreise.

Auch hier sind durch das Hochwasser im Kreise der Schle- und Leheniederung schwere Schädigungen eingetreten. So wurden in Friedersdorf bei einem landwirtschaftlichen Besitz von 300 Morgen 270 Morgen unter Wasser gesetzt. Auf der von Müntzerberg nach Strehlen führenden Chaussee bei Schildberg stand das Wasser circa 40 Zentimeter hoch. Etwas komisch erging es den Kirchgängern in Strehlen am 1. Pfingstfesttag. Auf dem Rückweg aus der Kirche von Stein Kirche mußten dieselben infolge des inzwischen eingetretenen Hochwassers den Heimweg barfuß zurücklegen.

Weißstein, Kr. Waldenburg. Ein Opfer der Straße.

Im Ortsteil Neu-Salzbrenn wurde beim Überqueren der Kantonschuler Straße der Invalide Robert Jädel von einem Radfahrer getroffen, ohne daß ihm dabei ein Schaden zugefügt wurde. Dem alten Mann, der bereits 74 Jahre zählt, hatte jedoch der Schreck darüber so verdirbt gemacht, daß er das Herannahen eines Kraftwagens nicht bemerkte und nun erst unter das Gefährt geriet. Schwere innere Verletzungen, u. a. auch der Verlust eines Ohres, machten die Überführung des Verunglückten in das Knappschafts-Lazarett in Waldenburg notwendig.

Rad-Salzbrenn. Die erste Kurparkbeleuchtung.

Die erste Kurparkbeleuchtung ist von der Badeverwaltung in diesem Jahre auf den 2. Juni angelegt. Er mit einem besonders starken Zutrom aus allen Teilen Schlesiens gerechnet werden kann, zumal in diesem Jahre nur drei Beleuchtungen stattfinden sollen, sind Vorträge zur glatten Abwicklung des Verkehrs getroffen worden.

Schweidnitz. Sechs Jahre Gefängnis für den Nord an seiner Geliebten.

Wie erinnerlich war die in einem hiesigen Geschäft angestellte 22jährige Verkäuferin Zopper im Herbst vergangenen Jahres von ihrem Geliebten erschossen worden. Das Mädchen stammt aus Berlin. Weil die Eltern den Verkehr mit dem jungen phantastisch veranlagten Freund unterbinden wollten, brachten sie die Tochter nach Schweidnitz in Stellung. Als der junge Mann den neuen Wohnort seiner Geliebten erfahren hatte, reiste er nach und erreichte, daß die Z. mit ihm eine Fahrt nach Halle unternahm. Dort erlösch er dann das Mädchen. Jetzt wurde ihm vom Schwurgericht in Halle eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren zubilligt.

Biesau, Kr. Landeshut. Ein Lichtblitz für die Erwerbslosen.

Die hiesige Glasfabrik, die seit längerer Zeit stillgefallen hat, nahm jetzt ihren Betrieb in vollem Umfange wieder auf und stellte neben den bereits früher beschäftigten Glasarbeitern auch eine Anzahl Erwerbsloser ein. Weiter ist beabsichtigt, einen zweiten Glasofen in Betrieb zu nehmen und insbesondere Weinkelche und Weinkelche herzustellen, was eine weitere Vermehrung der Belegschaft zur Folge haben würde.

Witz. Verhängnisvolle Medizin.

In der Stube eines erkrankten Landwirts in Witz stand eine Flasche mit Medizin, die ihn der Arzt verschrieben hatte. Zu einem unbeschriebenen Augenblick ergriffen die beiden Kinder des Landwirts die Flasche und tranken sie leer. Das jüngere Kind starb an den Wirkungen der Arznei; an dem Aufkommen des anderen Kindes wird gezweifelt.

Gogolin. Unglücksfall in der Kirche.

Ein merkwürdiger Unglücksfall trat sich am Pfingstfesttag nachmittag in der Dammiger Kirche zu. Das unerklärliche Geschehen löste sich bei dem Sel des hiesigen Kirchenrats und der Leichter wurde ins Krankenhaus, wo er teilweise das Gehirn bejähigte und selbst vollkommen in Trümmern lag. Niemand war bei dem Unfall in der Kirche anwesend — dort es abends beim Gottesdienst passiert, so hätte es unbeschriebenen Unglücks gegeben.

Kallwitz. Bei lebendigen Leib verbrannt.

Einen tragischen Tod fand die Frau eines Arbeiters in Kallwitz, die einen Ohnmachtsanfall im Keller erlitt und bei lebendigen Leib verbrannte. Das brennende Licht, das die Frau in der Hand hielt, setzte die Kleider in Brand und die Hilfe kam, war der Tod bereits eingetreten.

Del aus Kohle.

Der Kohlendampf ist es gelungen, aus Kohlen Del herzustellen. Die Frage liegt nahe, warum es nicht möglich war, Kohle zu erzeugen. Friedrich Bergius, auf den in der Hauptsache die Kohlenverflüchtung zurückgeht, hat auf der 41. Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Dresden einen eingehenden Vortrag über das Problem, das Skelett der Zellulose verbauliche Kohlehydrate zu überführen, gehalten und die Möglichkeit, auch im Sinne einer industriellen Auswertung durchaus behauptet.

Mit der Überführung von Zellulose in verbauliche Kohlehydrate, also mit der Herstellung von synthetischen Futtermitteln hat man sich bereits vor dem Kriege (Professor Willstätter) beschäftigt. Im Frühjahr 1928 wurde bekannt, daß es Bergius gelungen sei, die Experimente so durchzuführen, daß eine wirtschaftliche Ausnutzung der neuen Erfindung in Frage komme. Dr. „Soz. Pressebericht“ hat neuerzeit (Wirtschaftsdienst vom 5. April 1928) eingehend darüber berichtet. Willstätter nahm die Umwandlung von Zellulose in Kohlehydrate durch Anwendung konzentrierter Salzsäure vor. So lange es aber nicht möglich war, die für die Umwandlung benötigte Salzsäure wiederzugewinnen, war eine industriell-wirtschaftliche Ausnutzung der Willstätterschen Entdeckung nicht angängig. Hier setzte die Arbeit Friedrich Bergius ein. Ihm gelang die Ausarbeitung eines Verfahrens, nach dem mit Hilfe heissen Dels die Wasser- und Salzsäureverdampfung so schnell eintritt, daß ein Zerfallen der wärmeempfindlichen Kohlehydrate vermieden wird. Mit der Wiedergewinnung der verwendeten Salzsäure ist es möglich, die Willstättersche Erfindung industriell auszunutzen.

Bergius betonte in seinem Vortrag in Dresden, der größte Beachtung der Fachwelt gefunden hat, daß es bereits möglich sei, eine technische Anlage in Betrieb zu nehmen; jedoch sei bis zur Industrialisierung noch umfangreiche Arbeit zu leisten.

Wenn man bedenkt, daß sich die deutsche Fleischversorgung zu gut drei Fünfteln auf die inländische Schweinefleisch stützt, und daß wir jährlich für rund 700 Millionen Mark Getreide und Mehl aus dem Auslande einführen, ergibt sich die Wichtigkeit der neuen Erfindung.

Bunzlau. Die verbrannten Hochzeitsmöbel.

Eines jungen Ehepaars aus Kramitz verbrannten hier auf offener Straße die in einem Möbelwagen befindlichen Möbel. Es konnte fast nichts gerettet werden.

Bunzlau. Zusammenstoß. Zwei Motorradfahrer liegen auf dem Viehmarkt zusammen, wurden im Sturz von ihren Rädern mitgeschleift und raffen gegen einen Gaspumpten, der teilweise über sie hinwegging. Ein Fahrer und das Pferd wurden schwer verletzt.

Freilicht. Bei Breslau. Das Unwetter am Ende der Woche.

Die Freilichtspiele am Ende der Woche wurden durch das Unwetter sehr beeinträchtigt. Der lang zu lange Regen ließ die Zuschauer nicht zu einem ruhigen Gehen zu. Viele Zuschauer wurden durch den Regen sehr nass. Die Freilichtspiele wurden durch das Unwetter sehr beeinträchtigt. Die Freilichtspiele wurden durch das Unwetter sehr beeinträchtigt. Die Freilichtspiele wurden durch das Unwetter sehr beeinträchtigt.

Was ist Togal?

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen **Rheuma, Gicht, Ischias, Gripp, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!**

Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel. Ueber 5000 Ärzte u. Professoreu anerkennen die hervorragende Wirkung des Togal. Fragen Sie Ihren Arzt. In all. Apoth. Mt. 1.40.

C. 16. Chm. 125 Lf. 7.15 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl. 11164

Italienischer Weltrekord im Dauerflug.

Die italienischen Flieger Kapitän Faccarini und Major del Prete, die am Donnerstag um 5,15 Uhr mit dem Eindecker „S 64“ (Savoia-Marchetti) aufgestiegen waren, um einen neuen Weltrekord im Dauerflug aufzustellen, landeten am Sonnabend gegen 15,15 Uhr nach 58stündigem Flug in England, nachdem sie bereits Sonnabend mittag den bisherigen Weltrekord, den die Amerikaner Etnison und Halbman mit 33 Stunden 36 Minuten im März 1928 aufstellten, überholt hatten. Faccarini wurde durch seinen Flug Rom-Tokio im Jahre 1920 bekannt; del Prete ist einer der nächsten Mitarbeiter von Pinedos. Bekanntlich lag der Weltrekord vor dem Sieg der Amerikaner in deutschen Händen. Er war im August 1927 von dem Junkerflieger Edzard und Nitties mit 52 Stunden 3 Minuten aufgestellt worden.

Der ungetreue Nachschaffpfeiler.

Vor dem Berlin-Charlottenburger Schöffengericht begann am Sonnabend ein umfangreicher Strafprozess gegen den früheren Nachschaffpfeiler am Amtsgericht Schöneberg, Paul Ruppolt, dem Untreue, Urkundenfälschung, Bestechung und Unterschlagung in etwa 65 Fällen zur Last gelegt werden. Mit angeklagt ist der Justizinspektor Reichelt, der sich der passiven Bestechung durch Ruppolt schuldig gemacht haben soll. Ruppolt soll durch seine Machenschaften über 200 000 Mark an sich gebracht haben, außerdem Schmuckstücke, Teppiche und andere Gegenstände. Das Geld hat er nach der Ansicht des Gerichts in verhältnismäßig kurzer Zeit auf kostspieligen Reisen, insbesondere an den Spielstätten in Monte Carlo und Deauville verstreut. In die Affäre waren auch zwei Beamte verwickelt, die beide Selbstmord begangen haben. Der eine dieser Beamten, der Justizinspektor Schneider, hinterließ ein Schreiben, in dem er mitteilte, nicht Schlichtigkeit, sondern Dummheit habe ihn zu seinen Verfehlungen verleitet.

Für das Verfahren liegen 100 Bände Akten vor. Ruppolt war 1913 in den Justizdienst ein und übernahm 1918 beim Amtsgericht Schöneberg die erste Nachschaffpfeiler. Von 1918 bis 1927 wurde er insgesamt etwa 400 Pflegschaften durchgeführt. Die Ermittlungen begannen vom Jahre 1923 ab, und zwar bei der Regelung über einen Nachschaff von 150 000 Mark, von dessen Wert nichts mehr vorhanden ist. Das „Einkommen“ Ruppolts betrug in den letzten 1 1/2 Jahren etwa 30 000 Mark, eine Spielverluste in Monte Carlo und Deauville sollen 20 000 Mark, 64 000 Mark betragen haben. Der Angeklagte wirtschaftete mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nach dem Schema: Nachschaff 600 Mark, Kosten für den Nachschaffpfeiler 200 Mark, der Rest „verwirtschaftet“.

Die ihm zur Last gelegten Urkundenfälschungen in den Nachschaffakten wälzt Ruppolt auf den aus dem Leben geschiedenen Justizinspektor Schneider ab, der ihn bei seiner Tätigkeit unterstützte und auch in seinem Büro gearbeitet habe. An Schneider soll er insgesamt 85 000 Mark gegeben haben. Den Rest der erlangten Gelder sollen Reichelt und die anderen Beamten bekommen haben. Im Laufe der Verhandlung äußerte sich der Angeklagte auch über sein Verhältnis zu dem aufsichtsführenden Nachschaffpfeiler, Amtsgerichtsrat Staebebrand, gegen den inzwischen ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist. Ruppolt will Staebebrand Jahre hindurch regelmäßig seinen Mittelstellungen zu billigen Preisen zugeführt haben. Um diese Lieferungen so billig zu gestalten, seien schließlich Differenzstränge bis zu 15 000 Mark entstanden. Der Amtsgerichtsrat soll Ruppolt auch wiederholt ersucht haben, ihm aus Nachschaffen eine Reihe von Gegenständen zu verkaufen.

Das Gericht verurteilte Ruppolt wegen fortgesetzter Unterschlagung von mehr als 200 000 Mark Erbschaftsgeldern, sowie schwerer Urkundenfälschung zu drei Jahren 6 Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Von der Anklage der Bestechung wurde Ruppolt freigesprochen. Sieben Monate und drei Wochen Untersuchungshaft wurden ihm auf die Strafe anzurechnen. Der mitangeklagte Justizinspektor Max Reichelt wurde von der Anklage der Bestechung und Urkundenfälschung auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Opfer der Arbeit.

Ein tödlicher Bergwerksunfall ereignete sich auf der Zeche Hildgardt-Mevisen in Rheinhausen. Im Flöz Pentor des Schachtes Mevisen wurde ein 45 Jahre alter Bergmann durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet und getötet. Ein anderer erlitt schwere Verletzungen. Auf der gleichen Zeche verunglückte ein Hauer tödlich; er wurde beim Verlassen seiner Arbeitsstelle unter Tage von einer hereinbrechenden Schale getroffen.

Biscator in Zahlungsschwierigkeiten.

Gegen die Berliner Biscatorbühne ist Konkurs wegen rückständiger Steuern beantragt worden. Das Unternehmen wurde deshalb Verhandlungen, die mit einem Konsortium wegen neuer Finanzierung des Theaters schwebten, abbrechen. Am Sonnabend fand eine Gläubigerversammlung statt, in der beschlossen wurde, auf eine Rücknahme des Konkursantrages hinzuwirken.

Ueberfall im Postamt Neubabelsberg.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Neubabelsberg auf das Zweigpostamt 2 ein Raubüberfall verübt, indem ein junger Bursche dem Schalterbeamten einen Revolver entgegenhielt und von ihm Geld forderte. Der Beamte schlug geistesgegenwärtig das Schalterfenster zu und rief um Hilfe. Darauf ergriff der Räuber die Flucht, wurde aber nach einer wilden Jagd durch den Post in einem Friseurladen in Nowaes von Schupoizisten festgenommen. Er will aus Rot gehandelt haben.

Ein Kaufbold erschossen.

Vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich in Berlin nach Mitternacht ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen mehreren Ruheförern und Polizeibeamten. Als die Menge bis zu 400 Personen angewachsen war, mählten die Polizeibeamten von der Schußwaffe Gebrauch machen. Dabei wurde der der Polizei als Kaufbold bekannte Arbeiter Karl G. durch einen Schuß getötet und sein Freund Willi S. durch einen schweren Verletzt.

Beking vor dem Fall.



Aus Beking wird gemeldet, daß Marschall Tschangtschin Beking an die mongolischen Südruppen übergeben wird. — Tschangtschin, der Oberkommandierende der mongolischen Südmarmee, mit seiner Gattin, einer Schwester Simgansins.

Feuerwehrlente als Brandstifter.

Seit 1924 wurde die sächsische Amtshauptmannschaft Bautzen von Brandstiftungen heimgesucht. Im Laufe der Untersuchung sind 12 Personen festgenommen worden, die systematisch diese Brandstiftungen begangen haben. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß diese Mitglieder freiwilliger Ortswehren waren und die Brände anlegten, um die Versicherungsgehälter einzuhaken. 15 Brandstiftungen sind von den Verhafteten bereits zugegeben worden.

Das „Kreuz des Südens“ nach den Fidschi-Inseln unterwegs.

Die Transpazifikflieger sind mit ihrem Großflugzeug „Kreuz des Südens“ am Sonntag vormittag, um 5,20 Uhr, auf Honolulu, von Barkin Sands zu ihrer zweiten schwierigen und längsten Etappe nach Suva auf der Fidschi-Insel Viti-Levu gestartet. Am Sonnabend war das Flugzeug in Begleitung eines Armeefliegers von dem Flugplatz in Honolulu nach Barkin Sands geflogen und dort um 6 Uhr abends eingetroffen. Die Flieger traten sofort alle Vorbereitungen zum Start für den zweiten Abschnitt. Kapitän Kingsford Smith erklärte, daß die Flieger Suva am Montag mittag zu erreichen hofften. Fernman Lyon, der den Kurs bestimmte, hat jedoch die Möglichkeit einer Notlandung auf der Insel Canton, etwa zwei Drittel des Weges von Honolulu nach Suva, vorgezogen, wenn irgend ein dringender Grund die Fortsetzung des Fluges direkt nach Suva unmöglich machen sollte.

Eine Familie ins Kloster.

In der Ateikirche St. Hildegard bei Radesheim wurde am Sonnabend der ehemalige Gymnasialdirektor der Ritterakademie in Badburg bei Rölln in Gegenwart seiner Frau und seiner drei Kinder zum Kapuzinerorden eingetreten. Seine Frau und eine Tochter sind Novizinnen im Nonnenkloster St. Hildegard, seine andere Tochter ist Schulschwester in Luxemburg und sein Sohn seit mehreren Jahren Benediktinervater in Maria Laach.

Filchners Abenteuer in Tibet.

Der lange Zeit vermisste und vorübergehend totgesagte deutsche Forscher Hauptmann Filchner, der Mitte Mai nach zahlreichen gefährlichen Abenteuern und Leiden in Leh, Nord-Indien, eingetroffen ist, hat jetzt eine erste Schilderung seiner Erlebnisse gegeben. Filchner war mit seiner Expedition von Rußland aus in sein Arbeitsgebiet aufgebrochen, um zunächst erdmagnetische Beobachtungen im Gebiete zwischen Kuldsha im nördlichen Sindh und der chinesischen Provinz Kansu durchzuführen. Der Forscher blieb fast ein ganzes Jahr in der Nähe des tibetischen Klosters Kumbum, dessen Mönche er von einer früheren Tibet-Expedition kannte. Er wurde dort schwer krank, konnte sich aber, dank der aufopfernden Pflege der englischen und amerikanischen Missionare, wieder erholen, obwohl er eine Zeitlang in Lebensgefahr schwebte. Wegen der Unterbrechung der telegraphischen Verbindungen infolge der politischen Unruhen war Filchner in eine außerordentlich bedrückte Lage geraten. Als er dann nach Tibet abreiste, schloß sich ihm ein australischer und ein amerikanischer Missionar an. Nach einem Monat zeigte sich jedoch, daß es unmöglich war, den geplanten Weg in Richtung Katschgar einzuhalten, weil alle tibetischen Flüsse ausgetrocknet waren und Wassermangel herrschte. Die Expedition wandte sich darauf südwärts in Richtung Lhasa, wo man eine englische Expedition vermutete. Diese Hoffnung schlug aber fehl. Die Expedition wurde von der Bevölkerung mit Argwohn angesehen; das Weiterkommen wurde ihr unmöglich gemacht. Schließlich wurde sogar die gesamte tibetische Garnison in Lhasa gegen die Reisenden mobilisiert. Die Zeit der Expedition wurde von Völkereien eingegeben, Filchner mußte sich mit seinen Gefährten als gefangen betrachten. Das Volk glaubte, daß unter dem Einfluß der von den Expeditionsmittgliedern mitgeführten wissenschaftlichen Instrumente das Weideland verdorren werde und das Vieh zum Hungertod verurteilt sei. Durch einen geheimen Boten wurden Hilfsbriefe an den Vizekönig von Indien, an den Dalai Lama und den Vortrater der britischen Regierung in Lhasa gesandt. Einer der Geheimbriefe erreichte sein Ziel, so daß der Dalai Lama von den britischen Behörden bewegt wurde, die Karawane nach Leh weiterreisen zu lassen. Nach dem Verlassen von Lhasa hatte die Karawane mit heftigen Stürmen zu kämpfen. Filchner hatte keinen Mantel, seine Schuhe waren durchlöchert und seine Hände mit Frostbeulen bedeckt. Die Expedition kam fast völlig erschöpft an der indischen Grenze an. Es war ihr aber gelungen, eine vollständige Karte der gesamten durchkreuzten Gegend zu entwerfen und, von Kulscha beginnend, 157 magnetische Stationen festzulegen.

Acht Menschen verbrannt.

In Covert im Staate Kansas (Nordamerika) wurde durch Feuer ein Farmhaus zerstört. Der Besitzer, seine Frau und sechs Kinder kamen in den Flammen um.

Professor Otto Nordenskjöld tödlich verunglückt.

Prof. Otto Nordenskjöld ist in Götterburg das Opfer eines schweren Straßenunfalls geworden. Er wurde von einem Autobus überfahren und getötet. Nordenskjöld leitete in den Jahren 1901/02 die schwedische Südpol-Expedition. Er hat oft Vorkessungen in Deutschland gehalten.

Ein schwedisches Dorf durch Großfeuer vernichtet.

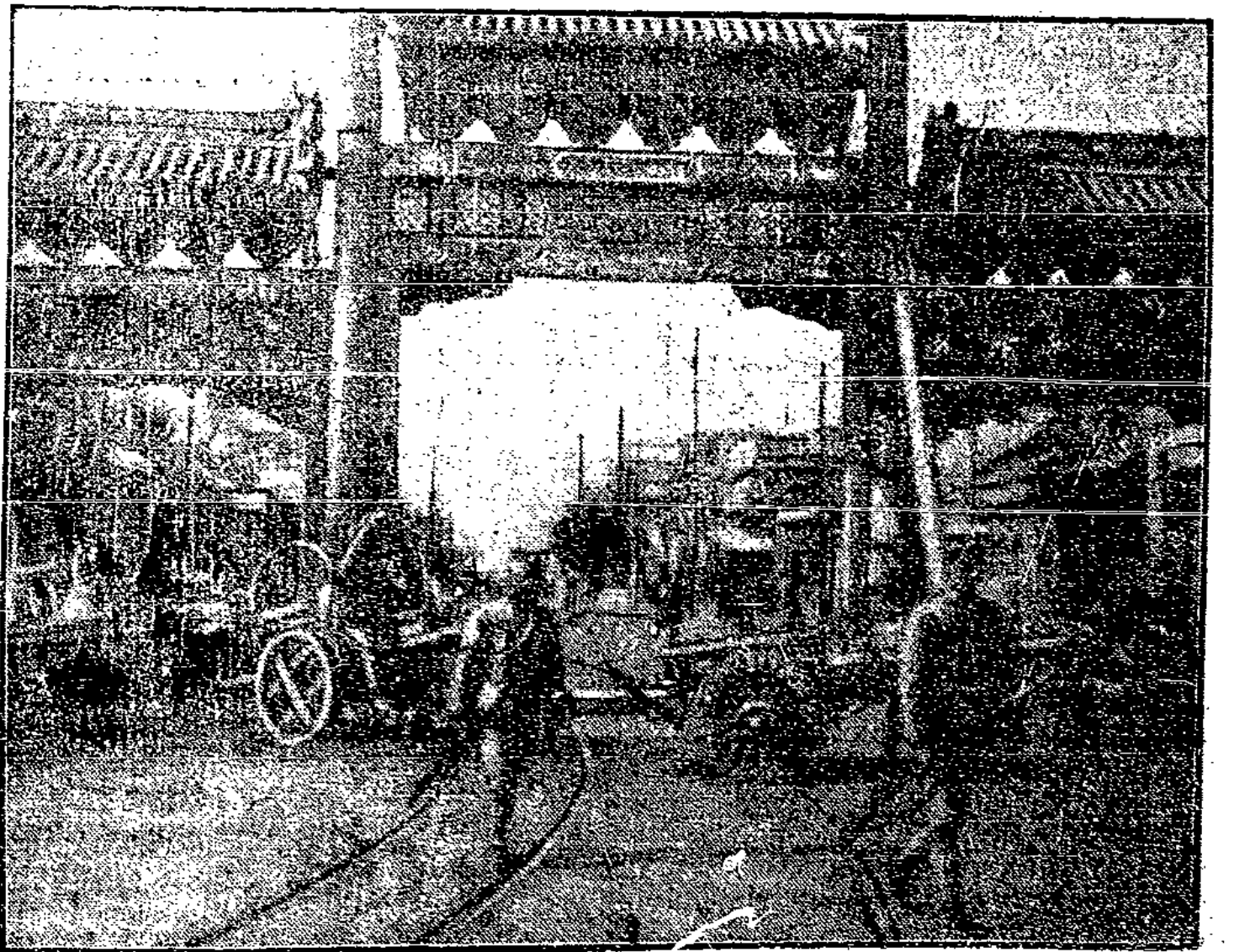
Das Dorf Lövbo in Smaland ist am Freitag von einem gewaltigen Brande vernichtet worden. Der Brand entstand infolge Kurzschlusses in einer Mühle, die sofort in Flammen aufging. Das Feuer griff auf das Elektrizitätswerk über und breitete sich von dort aus über das ganze Dorf und den angrenzenden Wald aus. Nur eine Meierei konnte erhalten werden.

Ein schweres Eisenbahnunglück

ereignete sich in der Nähe von Jithian zwischen Danville und Champaign (Illinois). Dort entgleiste in den Abendstunden ein Vorortzug, wobei sieben Personen den Tod fanden.

Beking vor dem Fall

Straßenbild aus Beking, das zurzeit noch von den Nordtruppen besetzt ist, wahrscheinlich aber bald an die Südmarmee übergeben wird.



KIPKE-BIER seit 1844

Unfallverhütung vor der Arbeitskonferenz.

Der Titanic-Vertrag.

In der Generaldebatte über die Unfallverhütung auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf legte der Sekretär des I.O.G.A., Sams, der als technischer Ratgeber der deutschen Arbeitnehmergruppe angehört, die Auffassung der freien Gewerkschaften über die dringend notwendige Verstärkung des Kampfes gegen die täglich steigenden Unfallgefahren dar. Unfallverhütung, Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor Berufsgefahren, erklärte Sams, ist keine Angelegenheit, die nur die Arbeiter angeht, sondern eine Sache, die für die gesamte Bevölkerung von der größten Bedeutung ist. Unfallverhütung und Schutz der Arbeitskraft, sind Dienst am Volk und an der Wirtschaft. Diese Erkenntnis muß sich in allen Schichten der Bevölkerung viel stärker als bisher durchsetzen. Die Arbeiterklasse darf nicht bloß Objekt unfallverhütender Maßnahmen sein — sie ist ein gleichberechtigter aktiver Faktor bei der Lösung der Unfallfrage und muß dabei ein kräftigeres Mitwirkungsrecht für die Überwachung der Schutzmaßnahmen erhalten. Die Konferenz will nur zur Verhütung gewerblicher Unfälle Stellung nehmen. Dieser Rahmen ist zu eng gespannt, denn es gibt noch mehr als nur gewerbliche Unfallgefahren, es gibt die Gefahren durch Staub, giftige Dämpfe, Gase usw. Die Konferenz muß daher ihre Aufmerksamkeit auch diesen Gefahrenquellen und überhaupt den gesamten Berufsgefahren, die infolge der Industrialisierung und der Steigerung des Verkehrs immer größere Bevölkerungskreise in Mitleidenhaftigkeit ziehen. Halberlohn, Giftgas, Unfallgefahren, Schiffsunglücke usw. — das alles gehört zur großen Frage der Unfallverhütung, die heute eine Weltfrage ist und die nicht durch bloße Ermahnungen, sondern nur durch staatlichen Zwang und internationale Bindungen bis zu einem gewissen Grad gelöst werden kann.

Zwecks Verbesserung der Unfallverhütung auf See soll noch im Laufe dieses Jahres auf einer von England angereichten Konferenz die Erneuerung des Titanic-Vertrages erfolgen. Der Titanic-Vertrag, der für die Sicherung der Sicherheit der Mannschaften und Passagiere an Bord der Ueberseesdampfer von großer Bedeutung ist, wurde bereits vor dem Kriege festgelegt. Beteiligt sind an dem Uebereinkommen: England, Deutschland, Frankreich, Amerika und die skandinavischen Länder. Es handelt sich dabei vor allem um bestimmte Richtlinien und Bedingungen für den Schiffsbau der Passagierdampfer. Das Uebereinkommen wurde infolge des Kriegsausbruchs nicht ratifiziert. England fordert nun, schon aus Konkurrenzgründen, daß die Schiffsbaubedingungen zur Unfallverhütung international möglichst einander angeglichen werden. Hier ist also England, dessen Regierungsoffiziere in Genf nicht viel von internationalen Abmachungen wissen wollen, für festere Bindung. Die neue Konferenz wird sich vor allem mit den Hauptpunkten des Vertrages, wie Unterweisung der Schiffe durch Schichten und Doppelböden, Anzahl und Beschaffenheit der Rettungsboote und Ausbau des Eispartitionsdampfes im Nordatlantik, zu dem auch das deutsche Reich einen größeren Beitrag zur Verfügung stellt, befassen.

Amerika möchte mit Rücksicht auf die Präsidentenwahlen die Konferenz erst im Laufe des nächsten Jahres stattfinden lassen. Bei der Bedeutung der ganzen Angelegenheit war jedoch ein Ausbruch kaum zu vermeiden.

Die Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung

Über deren Entwicklung im Monat März das letzte Reichsarbeitsblatt (Nr. 15) einige Ziffern bringt, wird am besten durch die Freizeichnung charakterisiert, daß die Einnahmen in der kritischen Zeit des Monats April gerade noch auskömmlich sind, also kein Taschengeld aufzunehmen brauchte. Die Gesamteinnahmen der Reichsanstalt betragen im Monat März 70 155 023 Mark, die Gesamtausgaben 112 529 996 Mark. Am 1. März waren an stehenden Mitteln einschließlich des Rückfalls rund 100 Millionen Mark vorhanden; dazu kamen die Ueberläufe von Westfalen (rund 1 Million Mark) und von Süddeutschland (464 000 Mark); die Zuschüsse betragen rund 44 Millionen Mark. Es verblieb also am 31. März (102 Millionen weniger 44 Millionen Mark) ein Gesamtbestand von 57 950 334 Mark, davon betrug der Rückfall 16 370 239 Mark.

Die normalen Einnahmen in Höhe von etwa 70 Millionen Mark reichen aus, um 750 000 Arbeitslose zu unterstützen. Am 1. April betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung noch 1 019 000, am 15. April 1 450 000, am 30. April 729 000 und am 15. Mai 642 000. Die Reichsanstalt kann also jetzt wieder einen Rückhalt, der zur Unterstützung von 600 000 Arbeitslosen für 3 Monate ausreichen soll, bilden. Ob der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Sommers so stark sein wird, daß der Rückhalt im kommenden Winter ausreicht, ist eine schwierige Frage, da niemand die Entwicklung des Arbeitsmarktes voraussehen kann. Nur soviel läßt sich jetzt bereits sagen, daß eine Herabsetzung des Beitragssatzes von 38 Prozent nicht in Frage kommt. Die Senkung kann nach den Bestimmungen erst erfolgen, wenn der Rückhalt aufgeführt ist.

Interessant sind die Ziffern der Zuschüsse und Ueberläufe der Landesarbeitsämter. Ueberläufe erzielten nur zwei Landesarbeitsämter: Westfalen (1 096 500 Mark) und Süddeutschland (461 734 000 Mark). Alle übrigen Landesarbeitsämter erzielten Zuschüsse, und zwar: Schlesien 74 Millionen Mark, Sachsen (einschl. der Mark) 66, Mitteldeutschland 44, Hessen 43, Ostpreußen 35, Brandenburg 24, Nordmark 21, Sachsen 25, Westfalen 22, Pommern 27 und Rheinland 25 Millionen Mark.

Der Rheinschiffahrtskonflikt vor dem Reichsarbeitsministerium.

In den Rheinschiffahrts-Konflikt hat nun der Reichsarbeitsminister eingegriffen. Er hat von der Möglichkeit, im öffentlichen Interesse in einen Arbeitskonflikt eingzugreifen, Gebrauch gemacht und von sich aus ein Schlichtungsverfahren zur Beilegung des Konflikts eingeleitet. Die Parteien sind zu Montag, vormittags 10 Uhr, ins Reichsarbeitsministerium geladen.

Front gegen die Zerstörer.

Der Verbandstag der Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer Großbritanniens hat mit einer Mehrheit von 4:1 eine Entschließung angenommen, die sich in den denkbar schärfsten Worten gegen die kommunistische Partei Großbritanniens und ihren gewerkschaftlichen Ableger, die sogenannte Minderheitsbewegung, wendet. Der Vorstand des Verbandes wurde ermächtigt, alle ihm nötig scheinenden Schritte zu unternehmen, um die Zerstörungsarbeit der Kommunisten im Keime zu ersticken.

Ein Werkmeistertag der holländischen und deutschen Textilarbeiter.

Am Himmelfahrtstage fand eine Zusammenkunft der Mitglieder des Niederländischen Bond van Vazen in de Textielindustrie, Hengelo, und der westfälischen Textilarbeiter des Deutschen Werkmeister-Verbandes in Bentheim statt. Anwesend waren etwa 700 Personen. Die Teilnehmer, die sich am Bahnhof Bentheim sammelten, begaben sich in einem Festzuge zu der von der Stadtverwaltung und dem Spielverein zur Verfügung gestellten schönen Freilichtbühne in Bentheim. Nach einer Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Bentheim hielten die Vertreter der Werkmeister-Verände Ansprachen an die Versammelten, in denen die Ziele der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Werkmeister in der Textilindustrie zum Ausdruck kamen. Die Kundgebung, die vom Wetter begünstigt war, nahm einen harmonischen Verlauf und dürfte gewiß dazu beitragen, die Interessen der Werkmeister in der Textilindustrie zu fördern und die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Verbände zu festigen. Nach einer gemeinsamen Mittagstafel war der Nachmittag der Unterhaltung und dem geistlichen Beisammensein gewidmet. Neben der Beschäftigung des Schließes Bentheim wurde dem Bad Bentheim ein Besuch abgestattet. Die Tagung, die einer Anregung der holländischen Werkmeister zu verdanken ist, hat sich für die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Textilarbeiter besonders eingelebt.

Der Internationale Bergarbeiterkongress

Die nach Annahme von mehreren Entschließungen über die Arbeitszeit, die Sozialversicherung und die Pensionen geschlossen worden. In Bezug auf den geforderten Anschließ des russischen Bergarbeiterverbandes wurde nach langer Debatte einstimmig beschlossen, daß nur Organisationen, die die Grundsätze, die die Beschlüsse und die Disziplin der Amsterdamer Internationale anerkennen, zugelassen seien. Zur Kriegsfrage wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die jeder Kriegsbegehr Kampf entjagt und die Beilegung aller Friedenshindernisse fordert.

Hafenarbeiterstreik in Finnland.

Unter den Hafenarbeitern in Finnland ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. 29 Häfen und 12 000 Arbeiter sind am Streik beteiligt. Der Kampf geht um Lohnerhöhung und Festlegung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Die Transportarbeiter-Internationale organisiert eine Unternehmungsbewegung, sowie den Boykott der an dem Konflikt beteiligten Schiffe.

Niemand will mit ihnen etwas zu tun haben.

Das Mandat des faschistischen Arbeitervertreter Kossioni wird diesmal auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf wahrscheinlich schon infolge der im Anschluß an die Reise von Albert Thomas nach Rom entstandenen Debatte über die faschistischen Gewerkschaften eine große Rolle spielen. Der freigewerkschaftliche Protest gegen das Mandat stützt sich auf die Tatsache, daß es nicht den Voraussetzungen des Friedensvertrages für die Mandate entspricht. Der Vertrag bestimmt ausdrücklich die Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Bei den faschistischen Gewerkschaften kann von einer Freiheit des Zusammenschlusses keine Rede sein. Sie sind keine freien und keine unabhängigen Organisationen. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Stenhuis zurückgetreten.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund beschloß, den bisherigen Vorsitzenden Stenhuis seinem Amt nach gemäß seines Amtes zu entheben! Die Neubewählung des Vorsitzendenamtes wurde bis September vertagt. Für den Resten des internationalen Sekretärs des I.O.G.A. wird von der niederländischen Zentrale kein eigener Kandidat aufgestellt werden; sie wird aber beantragen, den Sitz des I.O.G.A. bis zum nächsten folgenden internationalen Kongress nicht zu ändern.

Lohnerhöhung für die belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 31. Mai. Die Arbeiter der Eisenbetriebe erhalten ab 1. Juni eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Der Streik in den Zinkhütten von Overpelt ist beendet worden, nachdem die Parteien die Anrufung eines Schiedsgerichtes beschlossen haben.

Drei verbindliche Schiedssprüche für den ober-schlesischen Bergbau.

Die drei Schiedssprüche für den ober-schlesischen Bergbau, die vor kurzem gefällt wurden, sind für verbindlich erklärt worden. Sie bringen für den Steinkohlenbergbau eine Lohnerhöhung von 7 Prozent, für den Erzbergbau eine solche von 9 Prozent und für die Gedingearbeiter Sicherung eines Mindestlohnes.

Die Erhebungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Löhne und Arbeitszeit im Kohlenbergbau werden nach einem dieser Tage in Genf vom Verwaltungsrat getroffenen Beschluß auch auf die übrigen Arbeitsbedingungen und -verhältnisse wie Urlaub, Wohnungsverhältnisse, Sozialversicherung usw. ausgedehnt.

Wirtschaft.

Der Arbeitsmarkt Schlesiens

Stillsand der Aufwärtsentwicklung. — Verschlechterung Textilkonjunktur.

Der alljährlich um diese Zeit eintretende Stillsand in der Aufwärtsentwicklung des Arbeitsmarktes macht sich bemerkbar. In der Berichtswache war die Aufnahmefähigkeit in der Wirtschaft sowie im Baugewerbe nicht so stark wie in der Vormache. Die Zahl der weiblichen Erwerbslosen im Spinnwebgewerbe und im Bekleidungsgebiete stieg weiter nicht unwesentlich an.

Im Bezirke des Landarbeitsamtes Schlesien ging die Zahl der Arbeitsuchenden um 4,2 Prozent von 100 275 auf 96 200 zurück, während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 5 Prozent von 71 400 auf 67 887 sank. Unter diesen ging die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 56 623 auf 53 458 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 14 780 auf 14 409 zurück.

In der Provinz Niederschlesien ist die Zahl der Arbeitsuchenden von 73 531 auf 71 438, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 39 929 auf 38 218 und die der Krisenunterstützungsempfänger von 11 968 auf 11 850 zurückgegangen.

In der Stadt Breslau war ein Ansteigen der Zahl der Arbeitsuchenden und zwar von 34 676 auf 34 712 zu beobachten. Ebenso stieg die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 15 508 auf 15 975 und die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger von 9 484 auf 9 570.

In der Provinz Oberschlesien ging die Zahl der Arbeitsuchenden von 26 648 auf 24 585, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 10 604 auf 10 116, die der Krisenunterstützungsempfänger von 2 812 auf 2 529 zurück.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten: In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit ruhiger, jedoch hielt die rege Nachfrage nach ledigen Knechten, Wägern und jugendlichen Arbeitern weiter an. Insbesondere war die Nachfrage nach Stellpersonal groß. Auch Dienstfamilien wurden verlangt. Der Bedarf an Saisonarbeitern scheint zum Teil gedeckt zu sein.

Nach Gärtnern war die Nachfrage geringer. Im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau bestand gerader Bedarf an Arbeitskräften, vornehmlich Schieppern. Im Bahnbaurbeiterberuf war ebenfalls geringer Bedarf an gelehrten Kräften vorhanden. Der ober-schlesische Braunkohlenbergbau forderte gleichfalls Arbeitskräfte an.

In der Industrie der Steine und Erden wurde in den Granitsteinbrüchen, nachdem die Ausperrung bzw. Streik beendet ist, überall die Arbeit wieder aufgenommen. Im sächsischen Bezirk entließ ein Steinbruch eine Anzahl Arbeiter. Im Oppener Bezirk wurde über schlechteren Absatzgang in der Zementindustrie berichtet. Aus der Tafelglasindustrie des Rothenburger Bezirkes kamen weiterhin Entlassungen infolge Stilllegung einer Tafelglashütte zur Entlassung.

In der Metallindustrie ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor schwankend. In Leobschütz wurden eine Maschinenfabrik und Schmiede entlassen. Im ober-schlesischen Zinnbergbau wurden die Hütten eine Anzahl Metallarbeiter zur Entlassung. In Breslau war die Lage nicht einheitlich. Entlassungen von gelehrten Kräften standen Entstellungen von solchen bei einer größeren Waggonbaufirma gegenüber. Im Lübener Bezirk entließ eine Pianomechanikfabrik Arbeiter. Dagegen hatten die Sprettauer Eisenhütten Bedarf an Formern.

Im Spinnstoffgewerbe verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. So entließ eine Leinwandweberei in Löwenberger Bezirk eine Anzahl Arbeiter. Auch in Friedländer und Landeshuter Leinwandindustrie nahm der Entlassungen vor. Ebenso wurden aus der Freiburger Leinwandindustrie männliche und weibliche Kräfte zur Entlassung gebracht. Im Hirschberger Bezirk entließ eine Textilfabrik weibliche Arbeiter. Auch die Laubaner Taschentuchindustrie erweiterte ihre Kurzarbeit und stieg Arbeitsträfte ab. Ebenfalls die Liegnitzer Wirkwarenindustrie über Absatzrückgang. Im Grotzener Bezirk kamen vornehmlich Weberinnen zur Entlassung. Im Waldenburger Bezirk freilich die Belegschaft einer Baumwollspinnerei und einer Weberei.

In der Lederindustrie fanden eine Anzahl Entlassungen in Haynau zu einer Lederfabrik statt. In Breslau wurden Entlassungen von Sattlern beobachtet, während in Tapeziergewerbe Arbeitskräfte anforderte.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe bestand in Hirschberger und Oelser Bezirk Nachfrage nach tüchtigen Arbeiter. Dagegen kamen solche im Jauerischen Bezirk zur Entlassung. Im Oslauer Bezirk stellte ein Sägewerk eine Anzahl Arbeiter ein, während ein Werk der Knopfindustrie in Ziegenhals weibliche Arbeiter entließ.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe kam es in der Breslauer Zigaretten- und Süßwarenindustrie zu weiteren Entlassungen.

Im Bekleidungsgebiete war ein gewisser Stillsand in den Entlassungen in der Herrenkonfektion zu beobachten. In der Damenkonfektion ist die Lage weiter schlecht, während in der Nähmaschinenindustrie günstiger beschäftigt ist. In Breslau bestand ungedeckter Bedarf an Plätterinnen. Im Oelser Bezirk fanden Entlassungen aus den dortigen Schuhfabriken statt, während im Neißer Bezirk Handschuhweberinnen entlassen wurden.

Im Baugewerbe bestand hin und wieder brüchiger Mangel an Maurern und Malern, jedoch war der Rückgang der Arbeitsuchenden etwas geringer als in der Vormache.

Im Verkehrsgewerbe stellte die Reichsbahn eine Anzahl Streckenarbeiter ein.

Der Einheitsverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe hält am 2. und 3. Juni seinen zweiten ordentlichen Verbandstag im Volksheimjaal in Hannover ab.

Berkehrsförderung der Deutschen Flugschiffahrt. Die Deutsche Flugschiffahrt steigerte im ersten Monat ihres Sommerfahrplans verglichen mit demselben Monat des Vorjahres, den Passagierverkehr um 29 Prozent, den Transport von Gepäck um 21,4 Prozent, den Frachttransport um 82,2 Prozent und den Transport von Zeitungen und Post um 61,5 Prozent. Da die Zunahme der Flugkilometer nur 7,1 Prozent ausmachte, ist eine ganz erhebliche Verdichtung des Verkehrs festzustellen.

Knorr Salswurst
und andere
Suppen in Wurstform

Es gibt wirklich nichts Besseres und praktischeres als uns Knorr enthalten alle zu einer guten Suppe notwendigsten Zutaten brauchen nur kalt angerührt und 20 Minuten gekocht zu werden. Wir sind in Portionen zu 1 Teller eingeteilt, praktisch verpackt und helfen der Hausfrau Arbeit, Zeit und Kohlen sparen.

Sorten-Verzeichnis:

Erbsen	Grünkern	Ochsenschwanz
Erbsen mit Speck	Erbsen	Porz.
Erbsen mit Schinken	Reis	Reis mit Tomaten
Erbsen mit	Pfückwürste	Spargel
Erbsen mit	Weißbrot	Tomaten

In Rollen zu 100 g für 4 Teller und
in Rollen zu 150 g für 6 Teller Suppe

Arbeiter-Sportbewegung

Das Bundesjugendtreffen des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Während nach Jena, lautete die Parole der freien Radfahrer in allen Teilen Deutschlands. Viele Tausende erschienen dort aus Königsberg, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Leipzig usw. Auch aus Breslau hatte eine Gruppe dem Rufe Folge geleistet. Hier galt es, sich nicht nur in sportlichen Wettkämpfen zu messen, sondern auch über die Jugend im Bund zu halten und miteinander Sühnung zu nehmen. Der Vizepräsident meinte es gut, als das an die 10000 starke jugendliche Proletariat zusammenbrachte. Die Jenaer Genossen empfingen alle Gembelnden und brachten sie in Privat- und Gastquartieren unter. Nachdem am ersten Feiertag, früh 5 Uhr, der Bezirk durch die Radfahrer begrüßt wurde, zog alles mit frischen Nerven zu den Wettbewerben. Von wo Ausflüge nach dem Teich, dem Fußsturm und dem Markt gemacht wurden. Am die Mittagsstunde zogen in drei getrennten Aufmärschen die Sumproletarier nach dem festlich hergerichteten Jenaer Marktplatz. Hier folgten die Begrüßungsreden durch die Bundesjugendleitung.

Dann zog der Festzug, durch viele Musikbänder begleitet, durch die Straßen der Stadt nach dem Stern und dem Schorplatz. Ein großartiges frisches Bild proletarischer Jugendkraft, ein einziges Meer von roten Bannern und Wimpeln. Die Jenaer Genossen hat es richtig gewürdigt, daß der gleichzeitige dort stattfindende Studentenfest im Treffen der freien Radfahrer vollständlich unterging. Auf dem Stern war gemeinsames Mittagessen. Nachmittags war ein Schachturnier bei Kassenzügen der Jugend die Augenweide, die Worte des Bundesjugendwappels, sowie Länze und Spiele. Am Abend dann ein imposantes Fest durch die zwischen Bergen gelegene Stadt nach dem Hauptbahnhof. Hier bei der Jenaer Stadt eines einzelnen Mannesmeeres. Nach einer kurzen Schlußrede erfolgte um 21 Uhr der Abmarsch in die Quartiere. Am zweiten Feiertag früh sammelte sich alles zur Jenaer Fahrt. Die Breslauer Jugend fuhr per Rad über Naumburg, Weiskens nach Leipzig. Nach Besichtigung der Bundesjugend, Volkshaus und verschiedenen anderen Sehenswürdigkeiten fuhr am dritten Feiertag früh wieder nach Jena zurück.

Dieses erste Bundesjugendtreffen war ein großer Erfolg der proletarischen Sache und ein Erlebnis, das allen Teilnehmern ein nachhaltiges Erinnerungsbild sein wird. Es wird ihre Kräfte aufs neue zu weiterer Arbeit spannen.

Wasserwandern.

Endlich sind die Gewässer überflutet. Die Boote werden fertiggestellt. Dem Wassersport blüht wieder eine lange Zeit der sportlichen Betätigung. Das ist gleichermäßen für Seiler, Fischer, Motorbootfahrer, Paddler, Kanu- und Galtbootfahrer, wie für die Schwimmer, deren Sport als einer der gesündesten und körperlich vielfachsten bekannt ist.

Den Wasserfahrern ist vor allen Dingen die Möglichkeit gegeben, in die entferntesten Gebiete zu fahren, um auch dort neue Eindrücke und Erlebnisse zu sammeln. Das ist für den Naturfreund besonders wertvoll. Der Wassersport wird deshalb unter den Arbeiter-Wandern immer zahlreichere Anhänger finden. Das Wasserwandern erweitert manches Naturerlebnis. Die rechten Naturerlebnisse entstehen sich immer noch an den Orten, an denen der Wanderer Fuß nicht ohne weiteres setzen kann. Die überall geübte Schönheit auch an solchen Orten aufzuheben, wird damit dem Galtbootssport zur besonderen Aufgabe.

Um dieses Ziel zu erreichen, kommt im allgemeinen schon die Einführung der Arbeitervereine, die allen Zweigen der Lebensführung zu Hilfe. Hier gilt nicht als erstes und Wichtiges die Gefeiligung, sondern voran steht die Schaffung einer vielfältigen Lebensweise. In erster Linie soll die Gesundheit gefördert werden. Den Schäden der Fabrik-, Büro- und Heimarbeit muß durch die sportliche Betätigung kräftige Gegenwirkung erfolgen. Dafür sind beim Wassersport in der frischen und freien Natur die besten Möglichkeiten gegeben.

Daneben gilt es jedoch, auch die inneren Lebenswerte zu steigern. Innere Proletarierkinder sind im harten Kampf durch die Zukunftsängste und Bedrängnisse des Alltagslebens verdrängt. Ihnen durch freie, frohe Naturerlebnisse offene und freie Genüßung zu geben, ist eine wichtige Aufgabe des Arbeiterwassersports. Die Kinder des Proletariats müssen lernen auszuweichen in die Welt, die sich dem Auge draußen auf den Zahlen durch fremde Naturgebiete darbietet. Naturerlebnisse zu sammeln, wurde schon den Wandernern zur Pflicht gemacht. Auch der Wassersport benötigt diese Entwicklung. In besonderer Weise ist es aber dem Galtbootssport gegeben, in die unberührte Naturwelt einzudringen. Wenn der Galtbootfahrer durch Wasserströme nicht verdrängte Bezirke auf dem Flußweg durchkreuzt, wird der gedehnte Eindruck nicht nur vervielfacht, sondern auch intensiver gestaltet. Das ist freilich wertvoll für Eindrücke und Erkenntnisse. Es darf deshalb besonders beachtet werden, daß der Galtbootssport nicht nur bei den Naturwandern eine große Anzahl von Anhängern gefunden hat, daß vielmehr auch in weiten Kreisen der Arbeiterpartei das Interesse für diese sportliche Betätigung in den letzten Jahren bedeutend gestiegen ist. Trotz mancher finanzieller Schwierigkeiten wurde auf diesem Gebiet — vor allem durch den Bau von eigenen Booten — beachtliche geleistet. Es darf erwartet werden, daß auch weitere Kreise und in erster Linie die Behörden dieser Arbeit tatkräftige Unterstützung gewähren.

Internationaler Arbeiter-Turn- und Gymnastik-Fest.

Einen solchen Lehrgang wird zum ersten Mal die Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale vom 20. bis 25. August in der Bundesstadt des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands in Leipzig durchführen. Teilnehmer haben sich jetzt folgende Landesverbände gemeldet: Finnland, Polen (Gdansk Verband), Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei (Kauflinger Verband), Lettland, Deutschland, China-Vereinigung. Da sich die Landesverbände an die verschiedensten Gymnastikmethoden halten, bedürfte es sorgfältigster Auswahl des Lehrmaterials. Als Grundlagende des Lehrganges sind vorgesehen: 1. Allgemeine Körperübungen für Männer und Frauen. 2. Selbstübungs-gymnastik und die Ausgestaltung proletarischer Turn- und Sportspiele. 3. Im Turnen an den Geräten für Männer und Frauen. 4. Wertung bei den internationalen Turnwettkämpfen. 5. Sektions- oder Vereinsturnen. Daneben werden noch Vorträge und Vorführungen auf dem Gebiete der neuzeitlichen Körperbildung den Kursteilnehmern neue Anregungen zur Ausgestaltung ihrer Übungsweisen geben. Um das deutsche Vereinsturnen kennen zu lernen, bieten die Übungsabende der Leipziger Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die beste Gelegenheit. Man bedenke, der sich fast ausschließlich auf die Stadt Leipzig ausdehnende Bezirk dieses Bundes zählt 20000 Mitglieder.

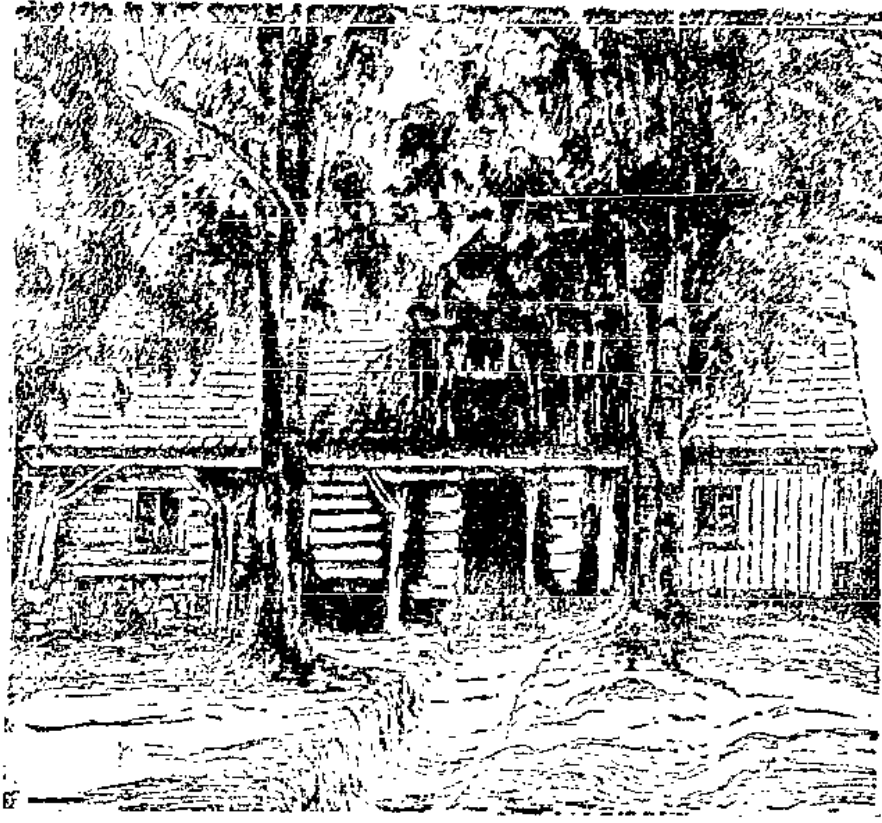
Deutschland schlägt Frankreich 6:2 (1:0).

Der französische Verband der Sozial-Arbeiter-Sport-Internationale bereite die deutschen Länderturnmannschaft in Leipzig einen herrlichen Empfang. Das Spiel fand bei prächtigem Wetter im Beisein von 4000 Zuschauern statt, und löste eine sehr oft höchste Begeisterung aus. Der französische Torhüter zeigte in der ersten Halbzeit mit außerordentlicher Sicherheit die deutschen Angriffe ab. Fünf Minuten vor Halbzeit fiel das erste Tor. Die zweite Halbzeit wurde zum Höhepunkt des Spiels. Beide Mannschaften zeigten noch bessere Leistungen und Deutschland lag bis zum Ende von 4:0 ständig im Angriff. Dann wurde Frankreich überlegen und erzielte zwei Tore. Die deutsche Vertretung raffte sich zu einem letzten Anlauf auf, indem sie bis zu zwei weiteren Erfolgen brachte. Endergebnis 6:2. Die deutsche Ländermannschaft wird in Frankfurt noch ein zweites Spiel austragen.

Hierhaus

Das neue Naturfreundeheim in Schwarzbach-Sträßberg.

Was säße Kraft und unverdrängte Arbeitslust zuzuge bringen, haben die Naturfreunde Schlesiens am Pfingstsonntag in Schwarzbach im Herzberge erneut unter Beweis gestellt. In diesem Tage wehrten sie ihr zweites eigenes Heim ein, das fortan als Stützpunkt für den Ferienwanderer gelten soll, dem daran gelegen ist, billige Hebernachungsgelegenheit auf seiner Fahrt wahrzunehmen. Denn das ist in erster Linie des Bestrebens der Naturfreunde: Ihre Mitglieder, als den wandernden Arbeiter überhäuft, unabhängig zu machen vom kostspieligen Werkshausleben und von teuren Hotels, denen eine Arbeiterbewegung nicht gewachsen ist. Wie anders, als auf diese Weise sollte es dem Arbeiter möglich sein, mit geringen Mitteln die Schönheit seiner eigenen Heimatberge und Wälder kennen zu lernen?



Das „Hierhaus“ liegt, wie der Name schon sagt, im tannensamen, einsamen Herzberge, und zwar in dem zu Bad Schwarzbach gehörigen Gutsbesitzerhof Sträßberg. Es ist von den Bahnhöfen Neustadt und Bad Münsberg in einstufigem Anmarsch zu erreichen. Weg Nr. 1 in Chaussee, während ab Münsberg der Zugang über Schwarzbach ein abwechslungsreicher Fußweg ist. Heber den Hierhaus (vom Herzberge kommend) führt am nächsten zum Haus der Wälder von der Tafelberg, dem höchsten Berg des Herzberges. Wer durch die Tafelbergswald kommt, hat als Bahnhofsstation Neustadt unter der Tafelberg oder Seinersdorf. Allen denen, die das Herzberge bisher nicht schätzten oder kannten, bietet nun dies Heim eine Stütze, von der nach Verenslust Streifen durch dieses noch stensidig urwäldige und abgeblödete Gebiet unternommen werden können. Die Hochmoore und die auf dem Kamm verstreuten, vom Moor und Wald eingeschlossenen Holzstückerkolonien, deren einfache und

hiedere Bewohner sehr gastfreundlich sind, dürften mit den riesigen Wäldern gerade uns Naturfreunden ein wahres Paradies sein.

Zu den Einweihungsfeierlichkeiten hatte der größte Teil der schlesischen Ortsgruppen Delegationen entsandt. Selbst die Reichsverband Ortsgruppe der böhmischen Naturfreunde sowie der Gau Sächsen überbrachten durch einen Vertreter die besten Wünsche für das neue Heim. Landrat Genosse Saling-Doberswerda, der mit Interesse die Umgestaltung des alten Bauernhauses zu seiner jetzigen für unsere Zwecke allein brauchbaren Form verfolgt hatte, war ebenfalls erschienen und der Regierungspräsident von Niederschlesien hatte als Vertreter Bezirksgruppenleiter Herrn Vollaß-Görlich entsandt. Genosse Alfred Schatz-Görlitz, der als Vorkämpfer des nach Breslau übergedachten Genossen Kallien den Umbau des Hauses zu Ende geführt, eröffnete am Pfingstsonntag morgen die Feier durch begrüßende Worte im Anschluß an einige Chöre der Arbeiterjäger. Mit wenigen Worten gab er ein Bild über das Werden des Hauses, das vielen Hindernissen zum Trotz ein Stück Heimwelt wurde, und allen denen werden soll, die seine gastlichen Räume betreten wollen.

Gauvorsitzender Genosse Ernst Zimmer-Breslau feierte in seiner Dankrede den Geist der brüderlichen Solidarität, der den Gewinn dieses Wanderheims und Ferienhauses ermöglichte, das durch die aufopfernde Arbeit der Görlitzer Genossen nun fertig vor uns steht und was mehr bedauert, unser Eigenum darstelle. Eigene Ferienhäuser zu schaffen, in denen der wandernde Arbeiter unter Seinesgleichen wohnen und sich an freien Tagen erholen könne, sei nun auch in Schlesien eine der bedeutendsten Aufgaben der organisierten Naturfreunde geworden. Das bisher auf diesem Gebiete Erreichte erfüllt uns gewiß mit stolzer und berechtigter Freude, bedauert aber noch lange nicht den Abschluß unserer Bestrebungen, die weiteren Ziele gelten. Die Arbeiterorganisationen, gleichviel welcher Art, sind immer auf sich allein gestellt. Sie sind es gewohnt, sich alles selbst zu schaffen. Und wo bei uns Naturfreunden sich Heimnisse zeigen, da werden sie von jenem herrlichen Idealismus überwunden, der den modernen Arbeiter immer auszeichnet und der auch treibende Kraft bei diesem, jeden vollendeten Werte war. Mag es als eine Gabe brüderlichen Geistes allen, die es in Anspruch nehmen, Fröhlichkeit und Erholung bringen.

Landrat Genosse Saling gab hierauf seiner Freude, an der Einweihung des „Hierhauses“ teilnehmen zu können, in bereiten Worten Ausdruck mit dem gleichzeitigen Wunsch, daß dieser neue Markstein der schlesischen Naturfreunde Bewegung zur Förderung des Arbeiterwandergedankens in höherem Maße beitragen möge.

Als Vertreter des Renterspräsidenten von Niederschlesien dankte Bezirksgruppenleiter Vollaß-Görlich den Naturfreunden für die im Interesse der Allgemeinheit geleistete Arbeit durch die Schaffung dieses Hauses. Nach ihm sprachen noch Vertreter des Gau Sächsen, des Bezirks Oberschlesien, aus Reichsverband in Böhmen, Lauban, Breslau, Görlitz und Sträßberg.

Nachdem die Chöre der Arbeiterjäger verklingen, schloß die Feier mit einem Rundgang durch die Räume des Hauses. Der Nachmittag als auch der nachfolgende Tag führte die Festteilnehmer auf mehreren Touren durch die Herzberge und Wälder. Für alle aber, die nicht dabei waren, mag es heißen: Die nächste Wanderfahrt zum „Hierhaus“.

Sport des Sonntags.

Breslau, den 4. Juni 1928.

Fußball-Ergebnisse.

B.F.L. I — Bratislawia I	4:1
B.F.L. II — Bratislawia II	2:1
West 1. Jgd. — Bratislawia 1. Jgd.	0:0
West III — Eintracht III	8:0
West II — 1921 II	7:1
West I — 1921 I	8:1
B.F.B. I — Strehlen I	6:4
Hertha I — F.S.B. I	2:1
Wader I — Union I	2:2
Wader II — Union II	3:2
F.S.B. 1. Jgd. — Adler 1. Jgd.	2:1
B.F.L. 1. Jgd. — Sparta 1. Jgd.	4:1

Bratislawia I — B.F.L. I 1:4.

Am Sonntag weichte Bratislawia seine neu erworbene Platzanlage an der Rathenaubridge ein. Der Platzbesitzer hatte sich dazu B.F.L. verpflichtet. Eine anscheinliche Zuschauermenge umjante den Platz. B.F.L. stößt gegen Wind und Sonne an. Der Durchbruch wird abgefangen, aber auch der Gegner kommt zu keinem Erfolg. Hin und her geht das Spiel, B.F.L. hat etwas mehr vom Spiel, ohne das aber zahlenmäßig zum Ausdruck bringen zu können. Bratislawia verliert immer wieder, durch schnelle Durchbrüche etwas zu erzielen, nur einige Ecken sind die Ausbeute, die aber nicht verwertet werden können. B.F.L. wird in der folgenden Zeit wieder etwas überlegen. Eine Ecke wird erzwungen, die durch den Halblinken durch Kopfball zum ersten Tore verwandelt wird. Schon kurze Zeit nachher ist es der Rechtsaußen, der durch schnelle Nachziehen den zweiten Erfolg sicherstellt. Nach Halbzeit zieht Bratislawia mächtig los und holt nach kurzer Zeit ein Tor auf, dem aber B.F.L. bis Schluß noch zwei weitere Tore entgegensteht.

Rapid I. — Oswig I. 9:3.

Obige Mannschaften trafen sich zum Gesellschaftsspiel. Gleich nach Anstoß findet sich Oswig zusammen und geht in Führung, kurz darauf können die Rothosen durch fabelhaftes Zuspiel ausgleichen. Es geht in flottem Tempo. Auf beiden Seiten werden noch 2 Tore geschossen und die Halbzeit ist herangerückt. Gleich nach Halbzeit legt sich Rapid mächtig ins Zeug, und geht in Führung. Dies wird dem Gegner zu viel. Er wollte das Spiel mit seiner Körperkraft erzwingen. Besonders der Mittelläufer der Oswiger, welcher auf Geheiß des Unparteiischen den Platz verlassen mußte. Rapid befindet sich in seiner alten Form und kann bis zum Schluß noch 6 mal erfolgreich sein. Die Mannschaft von Rapid kann wieder mal vorzüglich machen, auch die Zuschauer auf ihre Kosten kommen. Der Schiedsrichter leitete das Spiel in einwandfreier Weise und war in seinen Entscheidungen ein gerechtigter Leiter.

F.S.B. I. — Hertha I. 1:2.

F.S.B. mit dem Wiede als Bundesgenossen, bedrängen den Gegner hart und man bekommt schon in den ersten Minuten recht brennliche Situationen vor dem Herthatore zu sehen, doch bleibt alles unangenehm. Sogar ein Schmeißer wird verschossen, erst in der 15. Minute sind die Schmeißer der roten von Erfolg getränkt und können unter großen Jubel einwenden. Weiter

wird auf beiden Seiten scharf gekämpft, doch ohne jeden Erfolg. Die unglücklichsten Sachen werden von den F.S.B. Spielern verpaßt und auch Hertha kann nicht richtig auf die Seine kommen, jedoch es mit 1:0 in die Kasse geht. Nach Wiederbeginn derlei flote Kampf. Hertha wird etwas besser und in der 60. Minute gelingt ihnen im Anschluß an eine Ecke der Ausgleich, dem wenige Minuten später das Führungstor folgte. Mit großer Erbitterung wird auf beiden Seiten weiter gekämpft. Doch beide Stürmerreihen können nicht einheitliches erzielen, jedoch beim Stande von 2:1 der Unparteiische die Kampfbühne trennte. Beiden Mannschaften wäre im Interesse der Arbeiter Sportbewegung zu empfehlen, mehr sportliche Disziplin aufzubringen.

Das Tennisspiel.

Ein Mittel zur ästhetischen Massenerziehung.

Es ist nicht übertrieben, wenn behauptet wird, daß das Tennisspiel heute zu den beliebtesten Ballspielen gehört und erfreulicherweise gerade unter den Arbeitern und Angehörigen der Sportbewegung wird, der immer mehr Anhänger gewinnt. Von keinem Sport kann mit so gutem Gewissen behauptet werden, daß er alle Bewegungen des Körpers bei gleichzeitiger ganzer Inanspruchnahme des Geistes vereint, als beim Tennisspiel. Eigentlich ist das Spiel in seinem Grundcharakter ein Kampfsport, aber ohne Schreien, Springen, Laufen, Drehen, Wenden, Bücken, Strecken, Schwingen, Schlagen usw. kommt der Tennisspieler nicht aus. Vorgehen von diesen motorischen Bewegungen, die dem Spieler meistens unbewußt und im Spielverlauf ununterbrochen ineinander fließen, beansprucht es und weckt es alle Geisteskräfte der Ausübenden. Schnelle Entschlußkraft, Erhöhung der Blöße des Gegners, Angriff und Abwehrregeln, halten durch den hin und her fliegenden Ball den Geist in steter Spannung. Nun genügt es aber nicht, den Ball über das Netz hin und her zu schlagen, sondern bei Befolgung gewisser ebener Bewegungsregeln, der kleinsten Kräfteaufwand ein vollendet schönes Spiel zu liefern. Haben wir nicht oft als unbedeutende Zuschauer ein innerliches Freudegefühl gehabt, wenn wir tennisspielende Menschen in federnder Bewegung mit fliegenden Augen sich tumeln sahen?

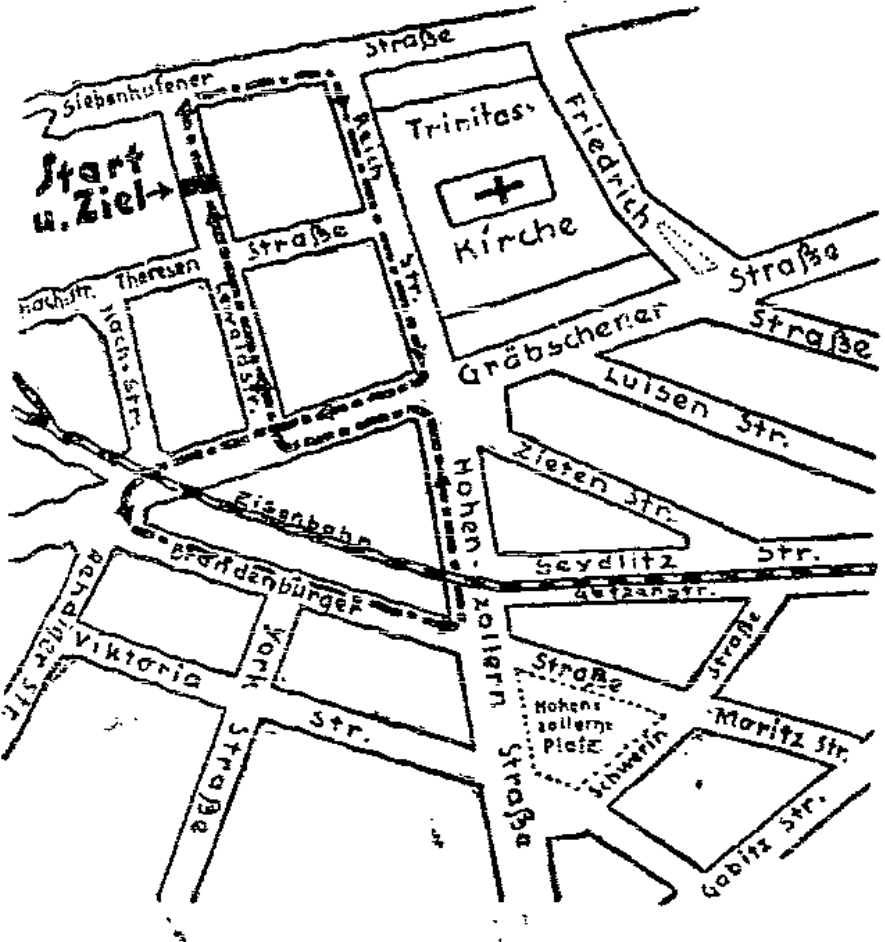
Schon die räumliche Trennung der Spieler innerhalb der Spielart bringt eine vornehme Note in das Spiel. Abgesehen von den bereits erwähnten Vorteilen, erfordert es aber auch ein großes Maß an Selbstbeherrschung. Wo das nicht ist, wird schlechtes Spiel geliefert. Und brauchen wir fernerhin und geistig Arbeitenden nicht gerade Disziplin am nötigsten? Im Berufsleben, im Privatleben und im Verkehr mit unseren Mitmenschen? Nicht durch wildes Vorgehen, durch überflüssiges Wachsenwürgen, erlangt der Arbeiter seine heilige machende Kraft? Nein — sondern durch Disziplin, eiserne Selbstbeherrschung und ein Schritt um Schritt lokale und moralische Vorteile und Anerkennung. Wasjan, sportliebende Arbeiter und Arbeiterinnen, verbindet das Nützliche mit dem Angenehmen. Wenn wir uns durch Tennissport für unsere gewerkschaftliche und politische Kampfbühnen und haben wir uns wieder im Tennissport auf Selbstbeherrschung und Disziplin für unser eigenes Spiel. Die Leitung des Arbeiter-Sport-Kartells hat auch die große Bedeutung des Tennissportes innerhalb der Arbeiterbewegung erkannt und zur Abhaltung regelmäßiger Turne einen Arbeiter Genossen gewonnen. Zeigen wir, daß es für soziale Arbeiter Kampfbühnen nicht gibt, und treten wir so viel und so schnell als möglich der Arbeiter-Tennis-Abteilung bei. Wählt jederzeit einen Leiter der Tennis-Abteilung. Genossen Oberwald 116, Schillerstraße 10/12.

Reichs-Arbeiter-Sport-Tage in Breslau.

Teilnehmer: Halle, Berlin, Breslau.

Das Arbeiter-Sport-Kartell in Breslau hat für den diesjährigen „Reichs“-Tag ebenfalls wie im Vorjahre umfangreiche sportliche Veranstaltungen getroffen. Aus dem Reich nehmen erfolgreiche Mannschaften und Arbeiter-Sportler aus Halle und Berlin teil. Aus Halle kommt eine der besten deutschen Arbeiter-Bandmannschaften; aus Berlin die deutsche Bundesmeisterchafts-Stafette in 4 x 100 Meter. Außerdem noch drei sehr gute Juni-Kämpfer und eine Juni-Triple-Kämpferin. Die Haupt-Reichs-Arbeiter-Sporttage fallen auf Sonnabend, den 23. Juni, mit einem Hallensportfest im Circus Busch und am Sonntag, den 24. Juni, mit einem gewaltigen Festzug vom Neumarkt nach dem Stadion in Leberheide. Im Stadion wird sich auch in diesem Jahre ein großes Arbeiter-Sportfest abspielen. Alle Veranstaltungen werden durch den Rundfunk nicht nur in Breslau, sondern auch in Halle und Berlin bekannt gegeben.

Die Vorbereitung zu diesen Haupttagen geht mit Sonntag, den 10. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr ein. An diesem Tage und um diese Zeit beginnen die Straßenfeste der Mädchen und Knaben im Gräbischer Stadtteil. In diesen Straßenläufen nehmen die Kinder der westlichen Schulanlagen freiwillig teil, sowie sämtliche Arbeiter-Sportler-Kinder-Abteilungen. Je



22 Kinder bilden eine Mannschaft. Jedes der Kinder durchläuft eine Strecke von 81 Metern. Die Gesamtdistanz führt in ihrem Lauf eine reguläre 8 aus und umfaßt die Länge von 1800 Metern. Start und Ziel: Lewandstraße 21. Der Anmarsch zu den Startstellen erfolgt in vier Kinder-Sportler-Zügen von den vier Stadtteilen Nord, Süd, Ost und West. Jeder dieser Züge wird von 2 Musikanten begleitet.

Am Sonnabend, den 16. Juni, findet voraussichtlich ein Campion-Lauf von mindestens 2000 Kindern statt. Dieser Lauf stellt sich in der Allenstraße auf und führt durch die innere Stadt nach der Liebigstraße. In der Stadtgrabenstraße der Liebigstraße werden alle Kinder aufgeleitet. Die gesamte Liebigstraße wird mit Lampen und Buntfeuern erleuchtet.

Am Sonntag, den 17. Juni, sind vormittags die Straßenläufe der Sportlerinnen, Jugend und Männer in der Hlawner Straße, Start und Ziel: Mollwitzer Straße 5. Am Nachmittag 2 Uhr werden die Arbeiter-Sportlervereine, Pojeidon, Freie Arbeiter-Vereinigung und Freie Kanu-Vereinigung, eine Massenaufricht und ein Massenschwimmen in der Oder zeigen. Der Start ist das Beckenhaus der Freie Arbeiter-Vereinigung, das Ziel die Gräbischer Brücke.

Wir bitten die werktätige Bevölkerung an diesen beiden Propagandagen durch zahlreiche Beteiligung die Sympathie für die Arbeiter-Sport-Bewegung in Breslau an den Tag zu legen. Gleichzeitig bitten wir hier schon darum, daß aus allen Arbeiterwohnungen an diesen Tagen in reichlichem Maße rote Fahnen herbeigeholt und wo es angeht durch Transparente und Schilder die Straßenfronten zu bereichern. Alle weiteren Nachrichten werden durch den Breslauer Rundfunksender und die „Volkswacht“ übermittelt.

Aus dem 14. Kreise Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Kreistags-Sitzung. Neben der Erledigung organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten befaßte sich die Sitzung mit der Durchführung des Länder-Wettkampfes Letztland-Deutschland, der am 2. September 1928 im Breslauer Stadion zur Durchführung gelangen soll. Außerdem werden hundertoffene Wettbewerbe, sowie ein Fußball- und ein Handball-Spiel erster Klasse zur Austragung gelangen. Am Vorabend ist ein Begrüßungsabend geplant, an dem unter anderem auch die Mitglieder der Kreisgruppe mitwirken werden. Es wird zu dieser Veranstaltung der Reich der jährlichen Arbeiter-Sportler-Schau erwartet. Ebenso werden alle Vereine sowie Arbeiter-Organisationen gebeten, diesen Tag von größeren Veranstaltungen freizubehalten.

Der Breslauer Reichs-Arbeiter-Sport-Tag findet am 23. und 24. Juni statt. Am Sonnabend, den 23. Juni, findet ein Hallensportfest im „Circus-Busch-Gebäude“ statt. Der darauffolgende Sonntag wird neben einem Festzuge große sportliche Darbietungen im Breslauer Stadion bringen, an denen u. a. eine Handball-Städte-Mannschaft aus Halle, eine Fußball-Städte-Mannschaft aus Berlin, Juni-Triple-Kämpfer und Leichtathleten aus Berlin sowie Leichtathleten aus Strahlen und dem übrigen Kreisgebiet teilnehmen werden. Die meisten Veranstaltungen gehen am 10. Juni Kinder-Straßen-Sportfesten und am 17. Juni Straßen-Sportfesten der Sportlerinnen, Jugend- und Männer-Sportler, sowie eine große wasserrechtliche Veranstaltung der Breslauer Arbeiter-Wassersport-Vereine vor der Solteiböbe voraus.

Das Verbands-Meisterschaftsspiel im Handball findet am 1. Juli in Breslau statt. Alle Anfragen hierzu erledigt Bundesgenosse Gebel, Breslau 6, Polener Straße 9.

Sportplatz-Reise in Weitemitz. Die wegen der Wahlen verordnete Sportplatz-Reise in Weitemitz findet nunmehr am 8. Juli statt. Es wird eine große Beteiligung der Vereine des 1. Bezirks sowie der übrigen schlesischen Arbeiter-Sportler-Schau erwartet. Meldungen nimmt Bundesgenosse Reinhold Kohnme, Bries, Paulaner Straße 17, entgegen.

Freie Turnerschaft Breslau, E. B. Am Donnerstag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung des Vereinsvorstandes, der Vereinsmitglieder, sowie der Abteilungs-Vorsitzenden statt. Tagesordnung ist durch Rundschreiben bekannt.

Abteilungsleiter- und Sportleiter der Freien Turnerschaft Breslau. Mittwoch, 6. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Deule, Reichenstraße 34. Wichtige Sitzung. Das Programm zu dem am 5. August stattfindenden Vereins-Sportfest wird festgestellt; sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein.

Freie Turnerschaft Breslau, A. Frauen-Abteilung (Ostgräbischer Straße). Wegen Hallensportfesten ist heute das Turnen aus. Wir gehen alle in die Stiehung (Klosterstraße). Nächste Vorbereitung für Mitglieder der Jugend-Abteilung am Donnerstag, den 7. Juni, im Thalia-Theater. Eintrittskarten sind heute auf der Turnhalle abzugeben.

Sport-Zentrale Schlesien

Friedrich-Wilhelm-Straße 60 (Filiale vom Arbeiter-Turnverlag)

Wir empfehlen:

Badehosen · Badeanzüge Badetücher · Bademäntel

sowie alle anderen Artikel für Spiel und Sport
Ia Qualität · Sportgerecht · Preiswert

Freie Turnerschaft Breslau, E. B., 7. Abteilung, Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Rofe: Vorstandssitzung.
9. Abteilung Freie Turnerschaft, Siedlung Bopelwitz, Donnerstag, den 7. Juni, 8 Uhr: Abteilungs-Versammlung.
Freie Turnerschaft Breslau, 10. Abteilung, Montag, den 4. Juni, 20 (8) Uhr, bei Wolf, Schwigstraße 15: Wichtige Abteilungsversammlung.

E. B. Pojeidon, E. B. Alle Mitglieder, welche am Aufschwimmen anlässlich der „Reichs“-Tag teilnehmen, müssen Dienstag, den 5. Juni, ihre Meldung im Pojeidon-Bad abgeben. Läufer für die Staffetten und Einzelläufer zur „Reichs“-Tag müssen ebenfalls bis Dienstag an Genossen Katala melden. Es kommen in Frage 15 Genosseninnen, 30 Jugendliche und 30 männliche Genossen. — Dienstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr: Techniker-Sitzung.

Freie Arbeitervereinigung Breslau, E. B. Dienstag, den 5. Juni, 20 Uhr, im Votshaus: Vorstandssitzung. — Freitag, den 8. Juni, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung. — Jugendabteilung: Mittwoch, den 6. Juni, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13: Jugendversammlung. Wichtige Tagesordnung. Einteilung zu den Staffettenläufen zur „Reichs“-Tag. Meldungen zu den Wettkämpfen in Weitemitz sind an Genossen Kohnme abzugeben. — Alles beteiligt sich an den „Reichs“-Proben.

Fußballpartie. Schiedsrichter-Vereinigung: Montag, den 11. Juni, 20.30 Uhr, findet die monatliche Vollversammlung statt. Schiedsrichterarten nicht vergessen!

Fußballpartie. Schiedsrichter-Vereinigung. Zu dem Auswahlspiel A-B am 6. Juni in Gandau, BfL-Platz, fungieren folgende Schiedsrichter als Linienrichter: Geier (BfL), Serinet (Sil-Rid.), Scholz R. (S.S.), Grunert Jr. (Sturm), Winkler R. (Sportler), Grindel D. (Herta). Schiedsrichter: Gen. Kreischer (Wader); Zeit 17.30 Uhr, in Gandau.

Sportvereinigung „Nordost“ 03 e. B., Vorkabteilung. Die Übungsstunden Turnhalle Waterloo-Schule jeden Mittwoch von 21 bis 22 Uhr, jeden Sonnabend von 20 bis 22 Uhr. Die Vereinigung beteiligt sich auch bei den Vorkämpfen am „Reichs“-Tag. Interessenten stets willkommen.

Arbeiter-Sport-Verein „Sturm“ Breslau-Schmiedefeld. Freitag, den 8. Juni 1928, abends 8 Uhr, Vollversammlung bei Eugwicht in Schmiedefeld. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht, da äußerst wichtige Tagesordnung.

Freie Sportvereinigung „1897“. Am heutigen Montag, 20 Uhr: Handballerikung bei Rante. — Den Leichtathleten zur Kenntnis, das die Leichtathletischen Vereinswettbewerbe für Jugend, Sportlerinnen, Männer und Alterssportler am Sonntag, den 10. Juni, auf dem Turnplatz am Sauerbrunnen stattfinden.

Aktion, Arbeiter-Sportler und Anhänger des Arbeiter-Sportler-Verbandes für Leibesübungen 1928 e. B. hält am Mittwoch, den 13. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Gush in Klein-Gandau die Gründungsversammlung der Frauenabteilung ab. Frauen und Mädchen, die sich sportlich betätigen wollen, sind eingeladen. Alle Auskünfte erteilt schon jetzt Sportleiter Kurt Moser, Breslau 17, Promnitzstraße 30, Dofelst werden auch Anmeldungen entgegengenommen.

Fußball. Am Sonntag, den 10. Juni, finden die Spiele um die Bezirksmeisterschaft auf dem BfL-Platz in Klein-Mochbern statt. Es spielen 2.30 Uhr R. T. Breslau, 7. Männerabteilung I — BfL, Krieg I. Männer; 3.10 Uhr R. T. Breslau, 3. Frauenabteilung I — BfL, Krieg I Frauen; 7. Abteilung baut ein Spielfeld.

Handball. Am Sonntag, den 10. Juni, findet auf dem BfL-Platz um 4 Uhr das Ausscheidungs-Spiel zwischen B- und

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmbäder für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-, Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Der Arbeiterport in Sachsen.

Zur Zeit in Sachsen, dem ausgeprägten Arbeiter- und Bauernlande, konnte sich der Arbeiterport schon frühzeitig entwickeln. Schon in allen Dörfern und Städten gibt es Organisationen, die die körperlich-kulturelle Erziehung der Arbeiter in ihrer Tätigkeit betreiben. Welt und auch im Laufe der vergangenen Jahre oft wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten an diesen Organisationen nicht spurlos vorübergegangen; dennoch konnte im vergangenen Jahre allgemein eine bedeutende Aufwärtsentwicklung festgestellt werden.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund 4. Kreis hatte einen Zuwachs von 14 Vereinen. Der Bau von Eigenheimen machte beträchtliche Fortschritte. 195 Spiel- und Sportplätze, 115 Turnhallen, 22 Badeanlagen und 7 Bootshäuser sind Eigentum der Vereine. In 14 Turnhallen wurden Jugendheime errichtet, drei neue Kreiskassen und Herbergen wurden in den Randgebieten erbaut. Der Gau Sachsen der Naturfreunde konnte 6 neue Ortsgruppen errichten und seine Mitgliederzahl um 10 Prozent erhöhen. Er hat jetzt 116 Ortsgruppen und 14 eigene Häuser. Die Sechshundert betrug im letzten Jahre 117.612, davon überzähligen 61.046 Erwachsene und 29.163 Jugendliche. Rittsport und Kajakfahren, für das 105 Boote zur Verfügung stehen, finden immer neue Anhänger. Ein Sonderzug nach dem böhmischen Mittelgebirge vereinte 1300 Teilnehmer, von denen 400 Gau waren.

Dem Verband „Volksgesundheit“ in neuerdings der Hand für ihre Körperkultur beigetreten, so daß nunmehr die Radfahrerbewegung einen zentralen Zusammenstoß gefunden hat. Sieben neue Vereine traten dem Verband bei, die Mitgliederzahl beträgt jetzt 33.9. Von den 47 Vereinen haben 5 eigene Anlagen, Schrebergärten oder Licht- und Luftbäder. Überall befinden sich dort größere Spielanlagen für Kinder und Jugendliche. 20.000 Kinder konnten von diesen leistungsfähigen Einrichtungen Gebrauch machen. Die Aufklärung und Bildung der Bevölkerung über die gesundheitlichen und sportlichen Fragen geschah durch 600 Vorträge in Wort, Bild und Bild bei einer Schatzkarte von 9000 Teilnehmern.

Der Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“ konnte eine neue Sparte der Radfahrer errichten und neue Ortsgruppen gründen. Der Arbeiter-Sportler-Bund 2. Kreis gründete 25 neue Kolonnen und gewann dadurch 793 neue Mitglieder. 13.666 Männer, 2126 Frauen traten rund 9000 mal zur Dienst an für 35.878 Stunden. Der Arbeiter-Radfahrerband 2. Kreis teilte im Saisonfeld in 40 Bezirke die 15 Vereine umfassen. Er hat eine Zunahme von 700 Mitgliedern zu verzeichnen. Jährliche Wettbewerbe im Ringen

2. Klasse statt. Es spielt Sportvereinigung 1897 I — R. T. Breslau 6. Abteilung II. Anlässlich findet ein Übungsspiel der Städte-Mannschaft — Auswahlmannschaft. Rastierer stellen die Vereine Mochbern, Gandau, Neutirch 1. Abteilung je einen Mann, welche um 1.30 Uhr auf dem Platz sein müssen. Mochbern baut das Handballfeld und stellt einen Ball.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.

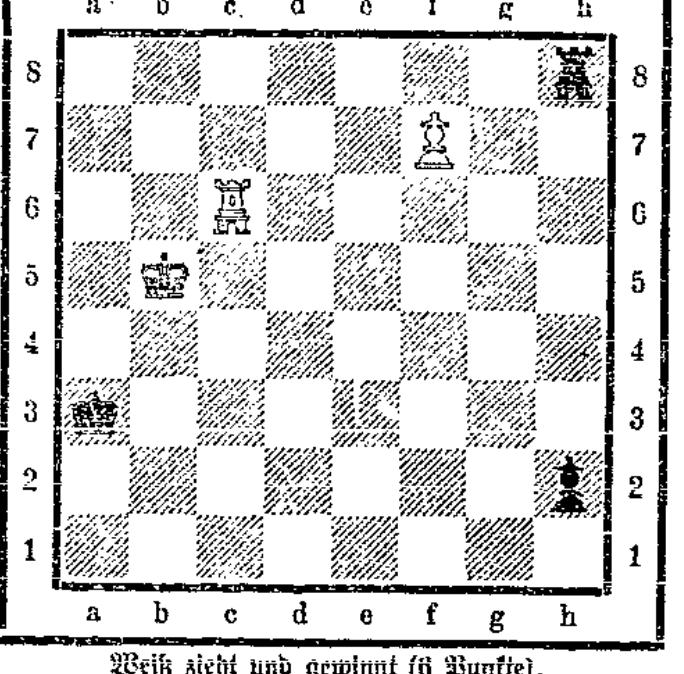
Abteilungsabende im Monat Juni sind folgende:
1. Abteilung: Dienstag nach dem 1. und 15. Juni im Lokal von Cichos, Klosterstraße, Ecke Königgräberstraße.
2. Abteilung: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, im Lokal S. Rante, Hochstraße 7.
3. Abteilung: Freitag nach dem 1. und 15. Juni, im Lokal Hoffmann, Bopelwitzstraße 17/19.
4. Abteilung: Montag nach dem 1. und 15. Juni, im Lokal R. Witzorek, Hartigstraße 6.
5. Abteilung: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, im Lokal bei Claj, Mferstraße 26.
6. Abteilung: Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, im Lokal M. Strähler, Hubenstraße 115.
7. Abteilung: Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat, im Lokal Schönstraße 21.
8. Abteilung: Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, im Lokal Stannet, Neudorfstraße 99.
Motorfahrer: Donnerstag, den 21. Juni, im Lokal E. Böhm, Zahnstraße, Ecke Lorenzstraße.
Aktion, 1. Abteilung: Dienstag, den 5. Juni, große öffentliche Radfahrer-Versammlung bei Cichos, Klosterstraße, Ecke Königgräberstraße. Beginn 8 Uhr abends. Um 7 Uhr findet eine Propagandafahrt statt, wozu alle übrigen Abteilungen daran teilnehmen sollen. Treffpunkt am Vereinslokal.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.
Zuschriften sind zu richten für Problemlösung an R. Kitzner, Breslau 17, Bopelwitzstraße 22; für Partienteil und Organisationsfragen an S. Lux, Breslau 6, Weitzendstraße 74.

Problemlösungs-Turnier.

Breslau, den 4. Juni 1928.
Endspiel Nr. 7, W. R. Plakoff, Moskau (Schachmaty 1922).



Weiß zieht und gewinnt (6 Punkte).

Lösungen.

Problem Nr. 127, M. Kitzner, 1. S. 7-8! Ein ausgezeichnetes Zweifügler mit einem sehr guten Schlüssel. Inhaltlich zeigt diese Aufgabe eine ganze Anzahl der verschiedenartigsten Schachmotive. Hierzu gingen wiederum verschiedene Fehlschlüsse ein. Andere Springerzüge scheitern alle an Th7-h8. Auch Dd1 als Schlüssel wird wiederlegt durch L2-d1, nun ist die weiße Dame gefesselt.

Partie Nr. 51 (Italienisch).

(Gespielt beim Bundestag 1926 in Jena.)

Weiße: D. S. Chemnitz.	Schwarze: R. H. Chemnitz.
1. e2-e4	e7-e5
2. Sg1-f3	Sb8-c6
3. Lf1-c4	Lf8-e5
4. d2-c3	Sg8-d6
5. c3-d4	e5-d4
6. c3-d4	Lc5-b4+
7. Lc1-d2	Sf6-e4?
8. Ld2-b4	Sf6-e4?
9. Lc4-xf7+	Ke8-xf7
10. Dd1-b3+	Kf7-e8
11. Db3-xb4	d7-d6
12. d4-d5	Dd8-e7
13. O-O	Ke8-e7
14. Tf1-e1	Th8-e8
15. Sb1-c3	Le8-f5?

1) Darauf kann Schwarz ein sehr gutes Spiel erlangen.
2) Mit diesem Zuge ist das jedoch kaum möglich. Viel besser wäre 4...., Le5-b6; 5. d2-d4 Dd8-e7, um den Weiß des Zentrums dem Weissen nicht allein zu überlassen. (Man achte aber dabei genau auf die Reihenfolge. Das in solchem Falle früher übliche 4...., Dc7 ist weniger gut, weil dann Weiß garnicht 5. d2-d4 spielt, sondern 5. d2-d3 und somit den letzten Zug von Schwarz als Tempoverzug empfängt.) Aber nach 5. d2-d4 Dd8-e7 6. O-O, Sg8-f6! statt des sonst üblichen 6...., d7-d6, gewinnt ein wichtiges Entwicklungstempo und steigert die Spannung im Zentrum.
3) Diesen Bauern verdrängt der Schwarze nicht. Es müßte natürlich Lb4-d2 kommen.
4) Etwas besser wäre Kf8, aber auch nicht ausreichend, denn die Königsfestung liegt schon in Trümmern. Die Partie spielt sich nun von selbst.
5) Schwarz könnte ausgeben, der Springer ist unbedenklich. Es kam noch: 16. Sd2-a5, 17. Dc4, Dd4, 18. Sd-xb5, 19. S-xd5+ und aus.
Aktion! Bei Aufgabe Nr. 130 muß auf a7 ein weißer Bauer hinzugefügt werden. Ohne diese ist die Aufgabe in drei Zügen lösbar.

Das Bundesparlament der deutschen Arbeiterathleten.

wird vom 7. bis 9. Juli in Dresden tagen. Der Mittelpunkt der Tagung werden die Geschäftsberichte bilden, die auf ein befriedigendes Leben im Bunde hinweisen. 6000 neue Mitglieder wurden im letzten Berichtsjahre gewonnen und das Bundesgebiet entwickelte sich gut. Zur besseren Unterstützung von Lehrkursen in eigener Schule wird eine Beitragserhebung die Delegierten beschäftigen. Der letzte Bundestag beschloß die Selbständigkeit der Artillerie- und Ju-Tilfpartei. Sie befinden sich ebenso wie die Gewerkschafter, Ringer- und Boxerpartei in einem guten Entwicklungsstadium.
Dem Bundestag voraus wird eine Sitzung der Techniker geben, deren Beratungsgremium das allgemeine Wettkampfreglement und die Wettkampfbestimmungen der Scherathleten sind. Vorliegende Anträge stellen wesentliche Neuerungen im Wettkampfreglement in Aussicht.